Nr. 115.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

11. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1503.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 22. Mai 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Der Krieg gegen die Sozialisten in Frankreich.

Paris, den 18. Mai 1894.

Herr Casimir Perier, dem Carnot die Präsidentschaft des Ministerraths übertragen hat, in der Hoffnung, ihn abzunützen und seine Aussichten auf die Präsidentschaft der Republik zu zerstören, beschäftigt sich mit nichts anderem mehr als mit dem Gedanken, seine Stellung bis zur Zeit der Präsidentenwahl, die er möglichst beschleunigen will, einzunehmen. Die Herren Deputirten und Senatoren haben so schwaches Fleisch und so dehnbare Gewissen, und ein Mann im Besitze der Gewalt hat so viele Mittel der Verführung und Bestechung, daß Casimir Perier, dessen 40 Mill. einen heiligen Respekt einflößen, bestimmt darauf rechnet, Carnot und die übrigen, schon zahlreich sich meldenden Konkurrenten schlagen zu können. Die Hauptsache ist, sich in der Gewalt zu behaupten. Der „neue Geist" Spuller's ist nur ein Manöver, um die Stimmen der Reaktionäre zu fangen: die Geistlichkeit, welche noch nie eine Gelegenheit verpaßt hat, ist darauf bedacht, sich ihre Bundesgenossenschaft theuer bezahlen zu lassen.

Um die Eroberung der Reaktionäre, die eine greisenhafte Angst vor dem Sozialismus haben, zu vollenden, verspricht ihnen Perier, der die brutalen Manieren Bismarck's nachzuäffen bemüht ist, die Vernichtung des Wanwans. Seine letzte Heldenthat ist die gerichtliche Verfolgung des sozialistischen Abgeordneten Toussaint, der in Trignac die Gendarmerie beleidigt haben soll, weil er den Frauen der Ausständigen sagte: „Kümmert Euch nicht um die Frechheit (insolence) der Gendarmen!" Welche entsetzliche Beleidigung gegen das ehrenwerthe Polizeikorps. Um das furchtbare Verbrechen zu sühnen, genügte nichts weniger als die Unterdrückung der parlamentarischen Unverletzlichkeit.

Während der Revolution hatte man die Unverletzlichkeit der Abgeordneten wiederholt suspendirt, um Konventsmitglieder auf das Schaffot zu schicken; es war das eine rasche Art, sich seiner politischen Gegner zu entledigen. Die blutige Lektion ist an den bürgerlichen Politikern nicht verloren gegangen. Seit der Revolution war die parlamentarische Unverletzlichkeit ein Heiligthum, ein Rührmichnichtan, nach welchem Niemand die Hand ausstreckte. Die reaktionärsten wie die liberalsten Minister betrachteten es als ihre Pflicht, die parlamentarischen Vorrechte zu vertheidigen, ja sie zu vermehren. Zum Beispiel seit dem Baue der Eisenbahnen hat man die Eisenbahngesellschaften gezwungen, gegen eine jährliche Entschädigung von 120 Franks den Deputirten das Recht der freien Fahrt auf allen französischen Linien zu geben; und die Stationsvorsteher versäumen es nicht, den Abgeordneten, auch den sozialistischen, reservirte Wagen zur Verfügung zu stellen.

Da die Abgeordneten selbst ihre Vorrechte zu bewilligen hatten, so behandelten sie sich königlich; pflegt man doch von einem Deputirten zu sagen, er sei einer der 500 Könige von Frankreich. Sie bewilligten sich eine Zivilliste von 9000 Franks das Jahr; und während des Panamaskandals war die Rede davon, diese Summe auf 15 000 Franks zu erhöhen, damit die armen Vertreter der Bourgeoisie gegen jede Versuchung gewappnet würden.

Der französische Abgeordnete trägt in der Tasche eine Medaille, auf die sein Name gravirt ist, und die man coupe file — Bahnbrecher, eigentlich „Reihenschneider" — nennt; er braucht sie nur vorzuzeigen, und nicht blos alle Thore und Thüren der Staatsbauten und Staatsanstalten öffnen sich ihm, sondern sogar die Reihen der Polizisten und Gendarmen, die ihn sofort durchlassen — er durchschneidet — coupe — die Reihen — file — daher der Name. Wenn er die dreifarbige Schärpe umlegt, dann ist er die Autorität; er wird unverletzlich, und Niemand, nicht einmal ein Polizeisoldat hat das Recht, ihn anzugreifen.

Die Bourgeois waren glücklich und stolz auf diese Vorrechte, so lange sie allein im Genusse derselben waren; sie dachten nur daran sie zu vervielfachen. Aber seit die Sozialisten in die Kammern eindringen, läßt die Begeisterung nach, denn die Arbeitervertreter haben sich herausgenommen, diese parlamentarischen Vorrechte zur Bekämpfung des Kapitals zu verwenden.

Die Eisenbahnfahrkarte hat den sozialistischen Abgeordneten die Möglichkeit gegeben, ganz Frankreich von einem Ende bis zum anderen in allen Richtungen zu beackern und zu pflügen, den Samen des Sozialismus in die Furchen zu streuen und die Arbeiter zu organisiren. Um unsere Abgeordneten zu verspotten, hat man sie Geschäftsreisende — des commis voyageurs — genannt, wobei die Spötter blos vergaßen daß Gambetta, der doch gewiß kein Dummkopf war, wie seine Nachfolger die Herren Opportunisten, sich diesen Namen als Ehrentitel beigelegt hatte, um die Geschäftsreisenden für sich zu gewinnen, die ihm außerordentliche Dienste leisteten und unübertreffliche Agitatoren für die opportunistische Republik wurden.

Aber was die Kapitalisten vor Entrüstung fast bersten läßt, das ist das Eingreifen der parlamentarischen Vorrechte in die Streiks. Basly und Camelinat sind die zwei ersten Deputirten, die bei dem berühmten, durch die Tödtung des Ingenieurs Watrin eingeleiteten Streik von Decazeville von diesen Vorrechten Gebrauch machten, um die Arbeiter zu vertheidigen. Es ist wahr, sie waren auch die ersten sozialistischen Deputirten, die seit 1848 in einer französischen Kammer saßen. Ihr Beispiel ist befolgt worden: sobald eine Arbeitseinstellung eine gewisse Ausdehnung erlangt, kann man sicher sein, daß ein sozialistischer Abgeordneter oder mehrere auf dem Schauplatz erscheinen. Dieses Eingreifen hat seine große Bedeutung. Es hebt nicht blos den Muth der Streikenden, die durch die Rohheiten der Gendarmen und der Soldaten und die harten Verurtheilungen seitens der Behörden eingeschüchtert sind, welche in Anwesenheit eines Abgeordneten, der ihre Handlungen auf der Kammertribüne zur Sprache bringen kann, doch nicht wagen, sich alles herauszunehmen. Durch das Eingreifen der Abgeordneten werden die Arbeiter auch gegen die Agents provocateurs — die Lockspitzel — geschützt, die von den Arbeitgebern gesandt werden, um Unruhen und Dynamitattentate zu veranstalten, damit man dann ohne Schonung die Arbeiter niedersäbeln kann. Jüngst hat Jaurès in der Kammer den Anarchisten Tournadre gebrandmarkt, der während des Streiks nach Carmaux gegangen war und Dynamit anbot und Banknoten, um die Flucht dessen zu erleichtern, der das Dynamit gebraucht hätte. Das Ministerium wagt nicht, diese Thatsache abzuleugnen, die durch Dutzende von Zeugen zu beweisen Jaurès sich erbot; aber es hat sich wohl gehütet, den Anarchisten zu verfolgen — aus Furcht vor Enthüllungen.

Die parlamentarischen Vorrechte in den Händen der Sozialisten sind eine Gefahr: in der kapitalistischen Presse regt man den Gedanken an, sie zu unterdrücken oder wenigstens einzuschränken; aber es wäre eine Tollheit, von den Deputirten verlangen zu wollen, sich dieser Rechte selber zu berauben; sie halten zu fest daran; sie opfern ihr Klasseninteresse ihrem persönlichen Interesse.

Casimir Perier, der als reicher Bergwerksbesitzer dieses Eingreifen der sozialistischen Abgeordneten nicht gern sieht, glaubte das Mittel gefunden zu haben, die Vorrechte der sozialistischen Deputirten zu unterdrücken, ohne die der Bourgeois-Deputirten anzurühren.

Als er die gerichtliche Verfolgung Toussaint's verlangte, erklärte er sich entschlossen, das Beispiel zu wiederholen und die sozialistischen Deputirten einsperren zu lassen, welche es wagen würden, Unruhe zu säen und eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu verhindern.

Krieg dem Sozialismus! Krieg den sozialistischen Abgeordneten!

Das war der Sinn seiner Rede.

Die Reaktionäre brüllten ihm Beifall: „das ist der muthige Ritter, den wir brauchen, um den verwünschten „Geschäftsreisenden" das Geschäft zu verderben!"

„Ah, Ihr glaubt uns auf diese Weise zu bezwingen," erwiderten die Sozialisten in einem Manifest:

„Gegen uns giebt es keine Gerechtigkeit mehr, nur Mißbrauch der Gewalt.

„Wir sind stolz darauf, den blöden Haß der Volksfeinde uns verdient zu haben; ihre zunehmende Wuth ist uns nur ein neuer Beweis für die zunehmende Stärke unserer Partei.

„Ihr wollt uns verbieten, in das Streikgebiet zu gehen, heute Abend noch werden fünf von uns nach Trignac abfahren, um das Werk Toussaint's fortzusetzen.

„Ihr wollt den Kampf, wir nehmen ihn an!"

Die Reaktionäre waren wie niedergedonnert. Die kapitalistischen Zeitungen forderten die strafrechtliche Verfolgung der fünf neuen Störer der friedlichen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital. Bramarbas Perier hütete sich wohl, den Rath zu befolgen. Er weiß, daß die Sozialisten bei dem Budget auf ihn warten, wo er seinen Tarpejischen Felsen*) finden wird — und dann gute Nacht Präsidentschaft der Republik!

Gallus.

*) Vom Tarpejischen Felsen, der nahe bei dem Kapitol — dem Sitze der höchsten Staatsmacht im alten Rom — sich erhob, wurden Verbrecher — namentlich Staatsverbrecher — herabgestürzt — weshalb man zu sagen pflegte: es ist nicht weit vom Kapitol zum Tarpejischen Felsen.

Feuilleton.

Der Jude. 43

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von C. Spindler.

Klappernd und schellend machte er sich vom Wagen herunter, nachdem er dem zierlichen Liebesritter seine Kolbe zu kosten gegeben für das überflüssige: „Verdammter Hanswurst!", das der edle Herr, seinem Unmuth Luft zu machen, ihm nachgebelfert hatte. Muthwillig geworden durch den aufregenden Schwank, sprengte Dagobert wie ein dem Pferch entronnenes Füllen kreuz und quer durch das ausgelassene Volk, das sich auf den Gipfel der Lustigkeit hinaufschraubte und immer tollere Streiche machte, je näher die Dämmerung nickte mit ihrem Schatten. Die Schalkheit des Pöbels setzten sich hauptsächlich die Klosterleute beiderlei Geschlechts zum Ziele, die an diesem Tage die Klausur zu verlassen, bevorrechtet waren, und, wenig Zucht und Anstand beobachtend, die Stadt durchstreiften, mit den Laien in Thorheit wetteifernd. Jedoch, obgleich sie in Thun und Lassen den Weltkindern nachahmten, so vermochten sie es doch nie, ihren Stand, selbst unter der verhüllendsten Maske, ganz zu verbergen. Der Kuttenschritt verrieth die Männer, das ungewisse Trippeln und Zusammenhalten in ansehnlichen Banden den weiblichen Konvent; und dieser Umstand setzte die Zellenbewohner manchen Unannehmlichkeiten aus, wie sie die Ausschweifungen der Fastnacht mit sich brachten. Flinke und gelenkige Pickelheringe nähten eine ganze Nonnengemeinde zusammen, und trieben sie mit Peitschenhieben und tausendfältigem „Hoho!" und „Hallah!" vor sich her. Das grobe Schiffervolk riß den als Mönche bearwohnten die Kopfbedeckung vom Haupte und stellten ihre Tonsur zur Schau, und dennoch, kaum entschlüpft den Händen der ungeschlachten Gesellen, setzten die Ordensleute ihre Freiheit benutzend, ihre Thorheiten fort, auf Straßen, Plätzen, Tanzhäusern und Trinkstuben, bis der Morgen heraufdämmerte und sie gebieterisch in das Kloster zurückwies, diejenigen ausgenommen, die vom Weine übermannt, den Taumel erst ausschlafen mußten. Bei einem solchen Auflauf, in welchem ein paar schüchterne Cönobiten gequält und gehänselt wurden, stieß der von seines Ohms Hause kommende Dagobert plötzlich wieder auf den verloren gegangenen Gerhard. Bei dem Flammenscheine einer Pechpfanne erkannte er Mantel, Hut und Visir, und die Behaglichkeit, mit welcher der grobhäutige Fechtbruder dem gemeinen Possenspiel zusah, ließ dem jungen Manne keinen Zweifel übrig. „Gut, daß ich Dich finde;" sprach dieser zu dem Ungetreuen: „Bist Du's, oder bist Du's nicht, Gerhard?" — „Na, beim heiligen Georg! Wer soll's denn anders sein?" brummte Gerhard, mit lustiger Vertraulichkeit Dagobert's Hand ergreifend, und den von Wein unsicher gewordenen Körper auf dessen Schulter neigend: „Das ist Fröschlein," fuhr er fort, — „Fröschlein oder mich soll der Schwarze holen mit Pferdefuß und höllischem Gestank!" — „Ei, Du Trunkenbold!" zürnte ihm Dagobert entgegen, und zerrte ihn abseits von dem Menschengewühle: „Nimm die Trommel, und rufe mich aus nach allen vier Winden, Du Schlemmer! Wo kommst Du her, du trunknes Ungeheuer?" — „Aus dem Paradies," versetzte Gerhard lustig; „aus dem Paradies," setzte er bäurisch grob hinzu, da Dagobert nichts entgegnete, „Ihr könnt mir glauben. Es lebe Frau Holda Waldina sammt ihren schmucken Töchtern und ihrem köstlichen Firnewein!"

Es ergab sich aus den Reden des Edelknechts, daß er in eine nichts weniger als ehrenvolle Gesellschaft gerathen war, nämlich in die von fahrenden Töchtern und Frauen, deren es um die Zeit des Konziliums eine bedeutende Anzahl zu Costnitz gab, und die entweder einzeln in den Vorstädten, namentlich aber zunftweise unter Meisterinnen versammelt, in der nächsten Umgegend der Stadt, öfters auch nur, nach Maßgabe ihrer Ansprüche, in elenden Hütten und Zelten sich aufhielten. Diese Bande, eine der ansehnlichsten, hatte es am heutigen Tage auf niemand Geringern, als auf den Kaiser selbst abgesehen gehabt, von dem ein dunkles Gerücht verbreitet hatte, als wolle er selbst, in die Tracht des wilden Jägers vermummt, allein und ohne Gefolge die Volkslust in den höchsten wie in den niedersten Kreisen verfolgen und beobachten. Die Hoffnung, von dem leutseligen Herrn ein ansehnliches Geschenk zu gewinnen, hatte diese lockern Töchter so kühn gemacht, ihn im Putze vornehmer Frauen aufzusuchen, und so zierlich zu bewirthen, als es angehen würde. Gerhards Larve täuschte sie, wie früher schon das lügenhafte Gerücht; erst in dem Saale des Gasthauses, in welchem für die lebenslustige Schaar und ihren seltenen Gast ein Vespertrunk bereit stand, enthüllte sich die Wahrheit. Gerhard lachte die Betrogenen aus, log ihnen von seinem Geschlechte und seinen Gütern ein Langes und Breites vor, ließ sich ihren Wein schmecken, seinen Beutel wegstibitzen, und entrann mit leerer Tasche

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai.

Ein Beweis für die vollständige Zersetzung der bürgerlichen Parteien, für die Zerfahrenheit im sächsischen Ordnungsbrei, ist die Thatsache, daß das Kartell im 23. sächsischen Wahlkreise heute, zwei Tage vor der Wahl, noch nicht über die Kandidatenfrage einig ist. Der Bund der Landwirthe erläßt jetzt eine Bekanntmachung, worin er sich für den Fabrikanten Schubert, den berühmten Mann, der am 15. Juni 1893 im 9. sächsischen Wahlkreise als Antisemit gegen den Konservativen Merbach, im 22. gegen den Genossen Auer als Nationalliberaler kandidirte, erklärt. Die konservative Partei will Herrn Uebel um das Mandat kämpfen lassen. Im übrigen ist es gleichgiltig, wen die Herren kandidiren, das Mandat wird doch wohl keiner von ihnen erringen. Unsere Genossen sind am Platze und bei ihren Anstrengungen und ihrem Eifer ist zu gewärtigen, daß weder Herr Uebel, noch Herr Schubert, sondern Genosse Gerisch Abgeordneter von Plauen i. V. wird. —

Bundesrath. In der am 19. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Staatssekretär des Innern Dr. v. Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde dem Entwurf einer Verordnung wegen Aufhebung des Verbotes der Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln sowie einer Vorlage, betreffend die Ausprägung von Reichs-Silbermünzen, die Zustimmung ertheilt. Der frühere Beschluß, betreffend den zollfreien Einlaß der von der Weltausstellung in Antwerpen zurückgelangenden Güter wurde in einigen Punkten ergänzt. Die vorläufige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete von Kamerun und Togo und des südwest-afrikanischen Gebiets für das Etatsjahr 1892/93 wurde durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt. Seitens des Ausschusses für Rechnungswesen wurde über die Verwaltung des Schuldenwesens des Reichs pp. Bericht erstattet. Endlich wurde die Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Reichsbank vorgenommen und eine Eingabe, betreffend die Revision des Militär-Pensionsgesetzes, dem Reichskanzler überwiesen. —

Ehren-Leist soll nach Amerika entwichen sein. Beträgt er sich dort nicht fein säuberlich, so kann er mit dem Richter Lynch unangenehme Bekanntschaft machen. —

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Als vor einigen Wochen die Mähr von den geschenkten Millionen und dem Reptilienfonds der sozialdemokratischen Partei wieder einmal durch die Presse ging und von uns gebührend an den Schandpfahl genagelt ward, bekam die „Kreuz-Zeitung", welche den gemeinen Klatsch ebenfalls gebracht hatte, einen Anfall von Gewissensbissen und veröffentlichte folgende Notiz:

„Der „Vorwärts" macht uns darauf aufmerksam, daß die Angaben über die Höhe und Verwendung der sozialdemokratischen Parteigelder bereits früher im Reichstage widerlegt worden seien. Wir haben uns von der Richtigkeit dieser Thatsache überzeugt und nehmen deshalb gern Notiz davon.

Einige unserer Parteiblätter waren so unvorsichtig, diesen momentanen Schwächezustand für einen Normalzustand des Junkerblattes zu nehmen und es anderen reaktionären Blättern als Muster des Anstands hinzustellen. Herr von und zu Hammerstein scheint sich darüber geärgert zu haben, am Sonnabend Abend desavouirt er feierlich jenen Schwäche-Anfall und schreibt, nachdem es die bekannte Lügennotiz nochmals wörtlich wiederholt hat:

Ein Blatt, welches diese Zahlen bringt, bemerkt: Obwohl diese Aufstellung von zahlreichen Zeitungen nachgedruckt ist, blieb sie bisher unwidersprochen. Ob sich die sozialdemokratische Presse mit der Sache zum Theil nicht doch beschäftigt hat, läßt sich schwer übersehen, da viele Organe dieser Art, dem nichtsozialdemokratischen Lesepublikum kaum zu Gesicht kommen. So viel ist gewiß, daß die Behauptungen des „Fränk. Volksbl." mit den amtlichen Kassenberichten der Sozialdemokratie im stärksten Widerspruche stehen, wie übrigens auch mit bekannten Thatsachen anderer Art. „Zwei Millionen Arbeiter" haben ganz gewiß nicht Parteibeiträge bezahlt. Die im sozialdemokratischen Sinne abgegebenen Stimmen betrugen 1893 — etwa 1 400 000. Es steht aber hinlänglich fest, daß nicht im entferntesten alle „Sozialdemokraten" sind, die „sozialdemokratisch" stimmen. Sodann unterliegt es keinem Zweifel, daß die von der Partei amtlich zugestandenen Einnahmen, die sich auf 2—300 000 M. belaufen, nur zum geringsten Theil aus „Arbeitergroschen" stammen. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur die im „Vorwärts" veröffentlichten Monatsberichte näher anzusehen. Weitaus das meiste fließt aus gewissen geheimen „Wohlthätertaschen", die möglicherweise ja wahrscheinlich weit mehr hergeben, als öffentlich zugestanden wird, schwerlich aber 10 Mill. Mark im Jahr. So groß ist die in den betreffenden Kreisen herrschende Opferwilligkeit denn doch kaum.

Vor vierzehn Tagen hatte Herr von und zu Hammerstein „sich überzeugt", daß die Zehnmillionengeschichte „widerlegt" war, und jetzt tischt er sie wieder auf und fügt noch einige Albernheiten aus Eigenem hinzu. Letztere wollen wir ihm gern schenken — ein Schelm giebt mehr als er kann — aber ein besseres Gedächtniß sollte er sich doch anschaffen. —

Sechs und ein halb Jahr für eine Vertheidigungsrede — das ist das neueste auf dem Gebiet deutscher Rechtspflege. Im heutigen Prozeß gegen den Anarchisten Gumplowitz beantragte der Staatsanwalt 1½ Jahre Gefängniß, was außerordentlich hoch gemessen war. Der Angeklagte vertheidigte sich, und von seinem Standpunkte aus ganz vernünftig. Als Antwort auf die Vertheidigungsrede beantragte der Herr Staatsanwalt hierauf acht Jahre Gefängniß, statt der anfänglich beantragten 1½ — wollte also die Vertheidigungsrede mit 6½ Jahren Gefängniß bestrafen. Das ist ja unerhört. Ein Spaß kann es doch nicht gewesen sein. Aber im Ernst 6½ Jahre für eine Vertheidigungsrede — da greifen wir uns erstaunt an den Kopf."

Die hochnothpeinliche Gerichtsordnung Kaiser Karl IV. gewährte den Angeklagten nicht nur vollständige Freiheit der Vertheidigung, sondern auch noch das Recht, drei Tage nach dem Urtheil den Richter zu schmähen und zu schelten. Unseren Staatsanwälten scheint wohl die hochnothpeinliche Gerichtsordnung ein viel zu freiheitliches Gesetz gewesen zu sein! —

Der achtstündige Arbeitstag. Folgende der Bestätigung bedürfende Nachricht finden wir in den Zeitungen:

Seit einigen Tagen hat die Verwaltung der sächsischen Staatsbahnen für die in den Haupt-Weichenthürmen des Bahnhofs Friedrichstadt in Dresden stark beschäftigten Beamten die achtstündige Arbeitsdauer eingeführt. Voraussichtlich wird die gleiche Einrichtung auch auf den anderen sächsischen Bahnhöfen, wo gleiche Verhältnisse herrschen, zur Einführung gelangen. —

Die Weinsteuer-Vorlage hat die zweite hessische Kammer abgelehnt. —

Die Spionenseuche. Wir müssen heute Buße thun in Sack und Asche. Wir haben uns einer schweren Versündigung gegen die Wahrheit, und obendrein noch gegen die Logik der Thatsachen schuldig gemacht, indem wir vorgestern, bei Erwähnung der neuesten Mainzer Spionenfänge in unpatriotischem Irrwahn die Freilassung des Thorner Gymnasiasten meldeten. Nein, der 17jährige Realgymnasiast Karlchen Schuolz — nicht Mießnik — ist noch nicht aus der Haft entlassen. Das Deutsche Reich betrachtet sich noch immer durch ihn gefährdet und die Untersuchung wird mit Ernst und Eifer fortgesetzt, wie die Regierungspresse uns mittheilt. Nun — das Deutsche Reich kann stolz sein auf diese Leistung. So Großes haben die „wilden" Franzosen doch nicht fertig gebracht — sie stehen offenbar noch etwas unter dem Bann ihres alten, übrigens längst außer Kurs gesetzten Sprichworts: le ridicule tue — das Lächerliche tödtet. —

Von Delegirten des internationalen Bergarbeiter-Kongresses, und zwar von Delegirten aller Nationen, sind wir ersucht worden, dem Berliner Gewerkschafts-Komitee, welches die Kongreß-Einrichtungen getroffen hat, sowie den Berliner Arbeitern überhaupt, die ihnen solche Sympathien bewiesen haben, den herzlichsten Dank auszusprechen. Die Delegirten sind ganz entzückt von der Aufnahme, die sie hier gefunden haben, und allseitig wird von ihnen anerkannt, daß die praktischen Veranstaltungen des Komitees musterhaft waren. Besonders erkennen die Delegirten auch an, daß sie in bezug auf Wohnung und Verpflegung trefflich berathen worden sind und hier ebenso billig gelebt haben, als es ihnen zu Hause möglich gewesen wäre. Auch die Tüchtigkeit des Uebersetzerdienstes, der auf keinem früheren Kongreß so gut organisirt gewesen sei, wird lobend hervorgehoben. Kurz, unseren Gästen hat es in Berlin und bei den Berlinern ausgezeichnet gefallen, und zum nächsten internationalen Kongreß, der hoffentlich nicht allzulang auf sich warten läßt, werden sich sicherlich noch viel mehr Delegirte einfinden, als zu dem soeben beendigten, der von manchem der Ausländer mit einigem Mißtrauen besucht ward. Man muß nur wissen, welchen Ruf sich die deutsche Polizei im Auslande erfreut, und in welchen Ruf ganz Deutschland durch den Ruf seiner Polizei gekommen ist. Der Gedanke, in geschlossenem Raum unter polizeilicher Aufsicht zu stehen, und nur unter polizeilicher Aufsicht berathen zu können, ist für einen Engländer, Belgier und Franzosen — namentlich aber für die Engländer — geradezu unfaßbar.

Und da wir von den Engländern reden, hier eine spaßige Thatsache. Die reaktionären deutschen Zeitungen versichern ihren Lesern bekanntlich, daß die englischen Delegirten den deutschen Sozialisten „die kalte Schulter" gezeigt, und auf die sozialistisch-internationalen Liebeswerbungen mit Eimern eiskalten Wassers geantwortet hätten. Wohlan, diesen nämlichen englischen Delegirten wird in den englischen Zeitungen der Vorwurf gemacht, sie liebäugelten zu sehr mit den kontinentalen Sozialisten, und, trotz aller Betheuerungen, daß sie nicht Klasse gegen Klasse hetzen wollten, seien sie die unverbesserlichsten Aufreizer zum Klassenhaß. Vielleicht nimmt Herr Eugen Richter, der die „Disharmonie" des Bergarbeiter-Kongresses nicht laut genug ausschreien kann, sich einmal die Mühe, die „Harmonie" zu studiren, mit der die englische Kapitalistenpresse die englischen Kongreßdelegirten als Mitschuldige der umstürzlerischen kontinentalen Delegirten angreift. —

Die ungarische Sozialdemokratie. Endlich eine erfreuliche Nachricht aus dem Lager der ungarischen Sozialdemokratie! Unter Vermittelung der Delegirten der österreichischen Sozialdemokratie und unter dem tiefen Eindrucke der Blutthaten von Hodmezövasarhely kam auf dem zu Pfingsten in Budapest abgehaltenen ungarischen Parteitage die Einigung der beiden Fraktionen der ungarischen Sozialdemokratie zu stande. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Der Kongreß beschließt, daß die Feindseligkeiten zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen in Ungarn von nun an ihr Ende erreicht haben, die Streitaxt begraben und über alles bisher Geschehene der Schleier der Vergessenheit gebreitet werde. Die zwei Fraktionen vereinigen sich zu einer einigen sozialdemokratischen Partei, die ohne Rücksicht jedweder Persönlichkeit, ihrem vorgesteckten Ziele zuschreitet."

„Durch diesen Beschluß werden nun viele Schwierigkeiten überwunden sein, die bisher der kräftigen Entwicklung der ungarischen Partei hinderlich im Wege standen. Mit neuem Muth und Begeisterung wird ein jeder Genosse in die Schranken treten und seinen Platz ausfüllen." So schreibt die „Arbeiterpresse".

Unser Bruderorgan fährt dann fort:

„Mit Achtung werden auch unsere Genossen des Auslandes auf uns blicken und uns ungetheilte Sympathien entgegenbringen, die einen jeden Einzelnen von uns zur rastlosen Thätigkeit anspornen werden. Wir werden ein jeder Einzelne mit gehobenem Gefühl in den Kampf eintreten, den wir ohne Unterdrückung zu führen haben. Kein drückendes Bewußtsein einer Schuld gegen das eigene Prinzip wird uns daran hindern, mit Aufwendung all unserer Kräfte unsere Partei groß und stark zu machen."

Die Bedingungen des Friedensschlusses waren, daß keine der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse nahestehende Person in der Partei eine Vertrauensstellung einnehmen dürfe, daß ferner die Wochenblätter „A Munkás" und „Arbeiterpresse" zu erscheinen aufhören und an Stelle der letzteren ein anderes deutsches Wochenblatt herausgegeben werde und die Parteileitung aus Vertretern beider Lager in gleicher Zahl zu wählen sei.

Von Friedrich Engels war folgendes Schreiben an den Kongreß gelangt:

Werthe Genossen!

Ihre freundliche Einladung zu Ihrem Parteitag kam mir am 8. d. M. zu. Leider war ich durch ein vorübergehendes Unwohlsein an deren sofortiger Beantwortung gehindert, und kann Ihnen daher heute nur nachträglich meinen Dank dafür aussprechen und Ihren Arbeiten den erfolgreichsten Verlauf wünschen.

Auch ich habe die letzten Bewegungen in Ungarn mit dem größten Interesse verfolgt. In Ungarn, wie anderswo auch, bemächtigt sich das Kapital mehr und mehr der gesammten nationalen Produktion. Nicht nur, daß es eine neue Industrie schafft, es unterwirft sich auch den Landbau, wälzt seine althergebrachten Methoden um, vernichtet den unabhängigen Bauer, spaltet die ländliche Bevölkerung in große Grundbesitzer und kapitalistische Faiseur hier, und viele besitzlose Proletarier dort. Welche Fortschritte diese Revolution des Kapitals schon in Ungarn gemacht, das haben wir neulich gesehen in Hodmezövasarhely. Diese kapitalistische Revolution haben wir nun einmal durchzumachen. Sie bringt unaussprechliche Leiden mit sich für große Masse des Volkes, aber sie allein schafft auch die Zustände, die eine neue Gesellschaftsordnung möglich machen, und die Männer und Frauen, die allein Kraft und Willen haben werden, diese neue, bessere Gesellschaft ins Leben rufen.

Mit aufrichtigem Gruß

F. Engels.

Mit begeisterter Freude begrüßen wir das große Einigungswerk, das den Parteigenossen Ungarns gelungen ist. Wir freuen uns desto mehr darüber, da wir wissen, wie Ungarn eine starke, kräftige sozialdemokratische Partei noth thut. Ungarns Sozialdemokratie wird wachsen und großen Einfluß auf die Geschicke des Landes gewinnen, weil sie die einzige Partei ist, welche Angehörige aller Nationalitäten umfassen kann, sie kann mustergebend für die übrige Sozialdemokratie werden, wenn sie weiter große Fortschritte unter der Landbevölkerung macht, sie wird, als die einzige Partei, die sich frei halten will von der Korruption, welche alle anderen Parteien und die öffentlichen Institutionen zerfrißt, sich die Achtung aller Ehrenmänner erwerben können.

Wir haben es trotz der Aufforderung von beiden Fraktionen nach reiflicher Ueberlegung vermieden, in den Streit einzugreifen, wir freuen uns dessen heute herzlichst.

Nochmals unsere wärmsten Glückwünsche und die Aufforderung zum rastlosen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.*)

Staatliche Lebensversicherung in der Schweiz. Der Staatsrath des Kantons Neuenburg hat, wie wir der „Frankf. Ztg." entnehmen, den Entwurf eines Gesetzes ausgearbeitet, welches die allgemeine Versicherung auf den Todesfall einführen soll. Das Gesetz will eine obligatorische staatliche Sterbekasse gründen; in Sterbefällen sollen der getroffenen Familie 500 bis 850 Franken, je nach der Kinderzahl, ausbezahlt werden, und um die Sterbekasse zahlfähig zu machen, soll eine Steuer von 2½ pCt. von den direkten Erbschaften erhoben werden. Der Große Rath hat den Entwurf bereits in Berathungen gezogen; es sind aber, selbst von denen, die mit dem Prinzip des Entwurfs einverstanden sind, so viele Einwendungen dagegen erhoben worden, daß der Staatsrath den Entwurf wieder an sich zurückverweisen ließ, um die Sache nochmals zu bearbeiten und namentlich auch die Altersversicherung in den Plan aufzunehmen. —

Die französische Regierung hat eine Schlappe erlitten. Ihr Gesetzentwurf auf Abschaffung der Oeffentlichkeit des Köpfens wurde mit 267 gegen 232 Stimmen ab-

*) Für das Wolff'sche Telegraphenbureau ist es charakteristisch, daß es bei seiner Berichterstattung über den Kongreß kein Wort von der vollzogenen Einigung der beiden Gruppen erwähnt hat.

---

und ziemlich vollem Kopfe den Lockungen des losen Gesindels. — „Sagt nun einmal zur Güte", schloß er seinen Bericht; „ob ich nicht Wort gehalten habe, wie ein Mann. Hier bin ich wieder und stehe Euch zur Seite. Verlangt, was Ihr wollt. Ich stehe dem Satan selbst, wenn er Lust hätte, mit mir anzubinden."

„Das glaub' ich Dir von Herzen gern," erwiderte Dagobert, „denn Dir sitzt ein Dutzend von Teufeln jetzt im Leibe. Da ich indessen heute eines Menschen bedarf, der nicht grübelt, da der Weindunst Dir das Grübeln verbietet, und Deiner Bärenkraft das doppelte, wie ich hoffe, zulegt, so sollst Du der Wächter einer That sein, die Dir später Segen bringen wird, erfährst Du auch kein Wort von ihr." „Ihr sprecht ein Deutsch, das klingt wie Latein," meinte Gerhard: „ich will bucklig werden, wie der Montfort, wenn ich ein Wort davon verstehe. Thut indessen nichts. Sagt mir nur, wo ich hinstehen soll. Kreuz und Dorn! ich halte fest." — „Für's erste," sprach Dagobert, indem er ihn in ein finster Gäßlein zog, „für's erste nimm Dein Jagdmesser zur Hand." — „Was?" fragte Gerhard, den Jüngling anglotzend, so gut es die Dunkelheit erlaubte: „Ich werde Euch doch nicht die Gurgel abschneiden sollen?" — „Schweig!" raunte ihm Dagobert zu: „Trenne schnell und sicher jetzt die Schellen von meinem Gewand und meiner Kappe." — „Eine seltsame Grille!" versetzte der Hülfshofen, „eine wunderliche Aufgabe, hier den Schneider zu machen, wo es pechrabenschwarz um uns her ist. Schreibt's Euch selbst zu, wenn ich nicht bloß die Naht treffe." — „Thut nichts; nur zu. Ich gebe indessen das Zeichen." — Während Gerhard mit unbarmherziger Hand die Schellen abschnitt, und mit jeder derselben ein erkleckliches Stück des Gewandes wegnahm, schnalzte Dagobert viermal mit der Zunge, als ob eine Wachtel anschlüge aus grünem Felde. Nicht lange war das Zeichen vorüber, als auch schon zwei Männer sich näherten, in schleppenden Röcken. Gerhard, stützig gemacht, wollte ihnen ein derbes: „Wer geht da?" entgegendonnern, aber Dagobert hielt ihm den Mund zu. „Willkomm!" sprach der erste Ankömmling in ausländischer Mundart: „Die Stunde ist da." — „Wie steht's?" fragte Dagobert. — „Gut," versetzte der andere: „der Freund," auf den zweiten zeigend, „hat vorgearbeitet. Petrus wird aufmachen." — „Das gebe Gott," antwortete Dagobert, und ging voraus. An der Ecke warf er seine Narrenglocken in einen Brunnen, und schritt dann schneller vorwärts. — „Ist das der Mensch, von dem Ihr sprecht?" fragte ihn leise einer der Fremden, auf den geduldig nachtrabenden Gerhard weisend. „Ja," entgegnete der junge Mann: „er ist's, Herr Graf. Zuverlässig, willenlos und gänzlich unwissend." — „Gut, gut," antwortete der Fremde, und hielt sich mit seinem Begleiter dicht auf den Fersen des Führers, der abermals in ein Gäßlein einbog, und vor der Pforte und dem Vorsprunghäuslein eines Klostergebäudes stille stand. Kein Laut war weder in dem Kloster, noch in der Nachbarschaft zu hören. „Halte hier die strengste Wache!" sprach Dagobert zu Gerhard: „Wir haben im Hause zu thun. Solltest Du Lärm hören, so decke unseren Rückzug. Schlage das feige Gesindel, mit dem Du zu thun bekommen wirst, nur tapfer hinter die Ohren mit der Klinge. Verletze jedoch nur im allerhöchsten Nothfall. In der Herberge sehen wir uns im schlimmsten Falle wieder." — Dagobert brummte zu diesem allein ein bereitwilliges Ja, pflanzte sich auf ein steinern Bänklein, unfern dem Kloster, und harrte geduldig der Dinge, die da kommen sollten. Dagobert sammt Begleitern klopften hingegen leise an das Pförtlein, und gaben auf die Frage des von innen herausspähenden Bruders die Antwort: „Fastnachtsfreunde". Darauf öffneten sich die Riegel, und des Thürleins schwarzer Mund verschlang die Pochenden.

(Fortsetzung folgt.)

gelehnt. Die Debatte war dadurch interessant geworden, daß die Sozialisten und Radikalen einen Gegenantrag auf Abschaffung der Todesstrafe stellten, der freilich mit 358 gegen 150 Stimmen verworfen ward, aber zu einer sehr lebhaften und lehrreichen Debatte führte. Es trat bei dieser Gelegenheit die Thatsache wieder in scharfe Beleuchtung, daß das Bürgerthum nicht einmal mehr die einfachsten Forderungen der Humanität und Kultur anerkennt, und deren Verfechtung den Sozialisten überläßt. Früher war die Abschaffung der Todesstrafe, ebenso wie die der stehenden Heere eine allgemeine Forderung des Bürgerthums. Heute schwärmt es für das gesetzliche Köpfen und den internationalen Massenmord — freilich auch den nationalen. Denn „der innere Feind", d. h. der Sozialismus, ist es ja vor allem, gegen welchen die Bourgeoisie das stehende Heer braucht.

Die Schlappe des Ministeriums hat zunächst die Folge gehabt, daß Herr Casimir Perier, der das rothe Gespenst nun wieder beleben muß, die Begnadigung des irrsinnigen Henry verhinderte und ihm heute Morgen vor Tagesanbruch den Kopf abschlagen ließ. Er hofft nun durch Blut den Schrecken aufgefrischt und für einige Wochen den Angstphilistern die Nothwendigkeit einer „starken Regierung" klar gemacht zu haben. —

In Trignac — Frankreich — haben die Arbeiter die Schlacht gewonnen. Nachdem die Kompagnie in allen Punkten den Arbeitern nachgegeben hat, kehren diese heute an die Arbeit zurück. Wir wünschen den französischen Genossen Glück zu diesem Sieg, den Klassenbewußtsein und Organisation erfochten haben. —

Ordnung herrscht in Spanien. Vier von dem Kriegsgericht verurtheilte „Anarchisten" sind heute erschossen worden. Vier andere erwartet das gleiche Loos. Und die Monarchie glaubt sich „gerettet". —

Wenn der Vater mit dem Sohn —. In Serbien hat Milan gestern den Staatsstreich gemacht und die Verfassung aufgehoben und eine frühere, ganz despotische Verfassung wieder eingeführt. Vereinsrecht, Versammlungsfreiheit, Preßfreiheit — alle Freiheiten sind unterdrückt, und die nackte Gewalt herrscht nun. Es fragt sich nun, wie das serbische Volk, das im ganzen sehr wehrhaft ist, die Sache aufnimmt. Bis jetzt soll „die Ruhe nicht gestört worden" sein. Aber der Telegraph lügt, und es war ja auch keine Zeit, Widerstand vorzubereiten. Jedenfalls ist die Kugel aus dem Lauf — wen sie trifft, das bleibt abzuwarten. Das serbische Volk aber wird nicht zu geordneten Zuständen kommen, ehe es den dicken Milan nebst anderen unnützen Leuten „abgeschafft" und sich vom österreichischen Gulden sowohl wie vom russischen Rubel befreit hat. —

Die Verhaftungen in Rußland dauern fort. Nicht blos in Petersburg und Orel, sondern auch in vielen andern Städten entfaltet die Polizei fortwährend eine fieberhafte Thätigkeit. Sie hat jedoch offenbar die Fäden der sogenannten Verschwörung nicht in der Hand, sonst würde sie nicht so planlos vorgehen, wie es thatsächlich geschieht. Sie greift blind darauf los und verschiedene der Verhafteten mußten schon entlassen werden — in Rußland, wo die Polizei ihre Opfer nicht leicht losläßt, etwas Beispielloses. —

Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit in Rußland. In Lodz, dem russisch-polnischen Manchester hat die dortige Abtheilung der „Gesellschaft zur Förderung der russischen Industrie und des Handels" dem Finanzministerium ein genau begründetes Gesuch eingereicht, welches eine bedeutende Verkürzung der üblichen Arbeitszeit in allen Fabriken des europäischen Rußlands befürwortet. Die in dem Gesuche zum Ausdruck kommenden Gedanken sind ferner in Broschürenform veröffentlicht worden, um die öffentliche Meinung zu gewinnen. —

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung vom 21. Mai 1894, 1 Uhr.

Am Ministertische: v. Heyden, Miquel und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung des Gesetzentwurfs über die Landwirthschaftskammern.

Es liegen zahlreiche Anträge vor; zunächst der von den Konservativen, Freikonservativen und einigen Nationalliberalen eingebrachte Kompromißantrag, welcher im Wesentlichen die Wahl den Kreistagen übertragen will, während den Landwirthschaftskammern vorbehalten bleibt, das Wahlrecht später ihrerseits anderweitig zu regeln.

Ferner ein Antrag des Abg. v. Schalscha (Z.), welcher das Wahlrecht nach dem Maßstabe des Grundsteuer-Reinertrages regeln will, jedoch mit der Maßgabe, daß jedem Wähler zu dem nach oben auf volle Mark abgerundeten Grundsteuer-Reinertrag eine Summe von 100 Mark hinzugerechnet wird; dieser Betrag kann von der Landwirthschaftskammer um 50 Mark erhöht oder erniedrigt werden.

Abg. Graf **v. Hoensbroech** (Z.) beantragt, die Staatsbeamten — hauptsächlich die Landräthe — für nicht wählbar zu erklären.

Abg. **Hansen** (freik.) will das Landes-Oekonomie-Kollegium durch eine aus den Landwirthschaftskammern gebildete Landeskammer ersetzen.

Nach längerer Generaldiskussion wird in die Spezialdebatte eingetreten.

Zum § 1, welcher nach den Beschlüssen der zweiten Lesung die obligatorische Bildung der Landwirthschaftskammern vorsieht, liegt der Kompromißantrag vor, wonach die Kammern errichtet werden können durch königliche Verordnung nach Anhörung des Provinzial-Landtages.

§ 1 wird nach dem Kompromißantrag angenommen. Dafür stimmen die Konservativen, die Freikonservativen, die Nationalliberalen mit einigen Ausnahmen (u. a. die Abgg. Eckels, Puttfarken, Hausmann-Lüneberg, Schulze-Bellinghausen, Lotichius, Knebel und vom Zentrum die Abgg. Graf Hoensbroech und von Loë.

Ohne Debatte werden darauf die §§ 2—5, 5a und 5b genehmigt und zwar mit einigen Aenderungen, welche lediglich Konsequenzen der Kompromißanträge zu den späteren das Wahlrecht betreffenden Bestimmungen sind; ferner werden die Kompromißanträge bezüglich der Vollziehung der Wahl durch die Kreistage (§ 5 c) genehmigt.

Nach dem Kompromißantrage (§ 5d) können die Landwirthschaftskammern eine Aenderung des Wahlrechts beschließen, wofür die Grundlagen angeführt werden.

Abg. **v. Schalscha** begründet seinen Antrag wegen des Wahlrechts und dessen Bemessung nach dem Grundsteuer-Reinertrag, weil er denselben wenigstens in die Akten des Hauses gebracht wissen möchte für den Fall einer künftigen Reform des Wahlrechts. Schließlich zieht er seinen Antrag als aussichtslos zurück. Der Kompromißantrag wird angenommen.

Um 4 Uhr wird die weitere Berathung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Parteinachrichten.

Bierboykott. In einer in Luckenwalde am Sonntag stattgefundenen Volksversammlung wurde nach einem Referate des Genossen A. Sailer beschlossen, so lange keine Berliner Biere zu trinken, bis die Forderungen der Berliner Boykott-Kommission von Seiten des Berliner Bierring angenommen sind. — Berliner Bier wird unseres Wissens in der ganzen Mark in großen Mengen konsumirt, so daß ein ähnlicher Beschluß in anderen Ortschaften der Sache des Berliner Boykotts nur dienlich sein könnte.

* * *

Bierboykott und Provinz-Genossen. Die Schultheiß-Brauerei (Twolt) hat in nachstehenden Orten der Provinz Brandenburg Bierniederlagen: Potsdam, Brandenburg, Oranienburg, Bernau, Prenzlau, Angermünde, Jüterbogk, Lichterfelde, Zossen, Lübben, Beelitz, Wittenberg; außerdem besitzt sie in Friedrichshagen eine Kellerei.

* * *

Solidarität. Unsere Parteigenossen in Frankfurt a. O. haben in ihrem Verkehrslokal bisher Bier aus der Schultheiß-Brauerei, Berlin, ausgeschenkt. Die Brauerei hatte seinerzeit auch das Inventar des Lokals geliefert und dafür noch eine Restschuldforderung von 3000 M. stehen gehabt. Am Tage, nachdem im „Vorwärts" die Boykotterklärung bekannt gemacht wurde, zahlten unsere Frankfurter Genossen die 3000 M. an die Brauerei aus und führten anderes Bier ein.

* * *

Im Breslauer Stadthaus hatte der Genosse Heilberg den Antrag gestellt, das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht zur Stadtverordneten-Versammlung schon bei einem Einkommen von 660 M. (bisher von 900 M.) an zu gewähren. Nach einer langwierigen Debatte fand man es (die „Freisinnigen") für gerathener, den Antrag an eine Kommission zu verweisen, wo er wahrscheinlich sein Begräbniß finden wird.

* * *

Bei den Wahlen zum Gewerbe-Schiedsgericht in Frankfurt a. O. sind sämmtliche Kandidaten der Sozialdemokraten gewählt worden. Die Betheiligung bei der Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer war eine äußerst geringe. Gegen die letztere wollen unsere Parteigenossen Protest einlegen, weil der Magistrat in der Wahlordnung entgegen der Bestimmung des Gesetzes und des Ortsstatuts, wonach als Arbeitgeber jede Person betrachtet wird, welche am Orte eine gewerbliche Niederlassung hat, die Bestimmung getroffen hatte, daß nur solche Personen als Arbeitgeber wählen durften, welche dauernd einen Arbeiter beschäftigen. Da nun Arbeitgeber, welche während der Saison mehrere Arbeiter, in der übrigen Zeit aber keine beschäftigen, zurückgewiesen bezw. vom Wahlrecht ausgeschlossen worden sind, so hat man dieselben in einem gesetzlich garantirten Recht beschränkt und damit ist die Wahl der Arbeitgeber als ungesetzlich zu betrachten.

* * *

„Die Führer der Sozialdemokratie sind ja keine Arbeiter" — so lautet ein ebenso oft gehörter, als stupider Vorwurf, den die Bourgeoisie erhebt. Wer, soweit dies überhaupt richtig ist, die Schuld daran trägt, daß es einem für und im Auftrage seiner Genossen handelnden Arbeiter nicht möglich ist, bei seinem Berufe zu bleiben, geht wieder aus folgenden zwei Beispielen hervor, die uns aus Basel mitgetheilt werden. Dort wurde vor einiger Zeit Genosse Keßler als Vertrauensmann der Arbeiter strafweise aus der Arbeit entlassen und jetzt wurde der vor 14 Tagen in den Kantonsrath gewählte Genosse Tauslin von seinem „edlen Brotgeber, dem millionenreichen Fabrikanten Vischer gemaßregelt, weil er Niemanden zum Befehlen in seiner Fabrik brauchen könne." Und das, nachdem Tauslin 15 Jahre lang demselben Ausbeuter zu seinen Millionen verholfen hat.

Und in Deutschland? Man denke nur zurück an das Sozialistengesetz, wo die geringste Betheiligung eines Arbeiters an Vereinsbestrebungen genügte, um ihn aus der Arbeit zu jagen. Daß es heute viel besser sei, soll damit durchaus nicht gesagt sein. Recht zur Beschwerde haben also die Herren Unternehmer nicht, wenn sich die „Führer" nicht mehr in ihrem Interesse abschinden.

* * *

Warnung. Dem Vertrauensmann der organisirten Arbeiter Oberndorfs ging die Mittheilung zu, daß Felix Haupt von Fluorn bei Oberndorf a. N. seit einiger Zeit per Fahrrad Fachverbände und politische Vereine der württembergischen und badischen Nachbarschaft besuche, sich als gemaßregeltes Parteimitglied ausgiebt und um Unterstützung nachsucht. Haupt hat an den Vertrauensmann in Oberndorf vor etwa drei Wochen das Ansuchen gestellt, daß ein Zeugniß ausgestellt werde, worin beglaubigt sei, daß Haupt seit Jahresfrist nicht mehr der hiesigen Organisation angehöre. Der Gesammtvorstand hier hat diesem Ansuchen natürlich keine Folge gegeben, da Haupt schon 7 Monate keine Beiträge mehr bezahlt hat, und dessen übrigem Verhalten ein großes Mißtrauen gegenübersteht. Es wird an die Fachverbände und politischen Vereine das Ersuchen gestellt, im Betretungsfall dem Haupt das Verbandsbuch und die Mitgliedskarte der politischen Partei abzunehmen, und an den Bevollmächtigten der hiesigen Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einzusenden. Ebenso werden die Partei-Organe um Abdruck ersucht, damit einem solchen unzulässigen Treiben bei Zeit Einhalt geboten wird.

* * *

Die Parteipresse und der § 193. Das Reichsgericht hat bekanntlich entschieden, daß der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nur Anwendung finden soll, wenn es sich um eigene, individuelle Interessen handelt.

Seitdem dieser Entscheid gefällt ist, sind schon in mehreren Preßprozessen den Redakteuren unserer Parteipresse die Vortheile des § 193 aberkannt worden, was natürlich strafverschärfend wirkt. — Der Genosse Goldstein, der über die Wichtigkeit des § 193 für die Presse auf der kürzlich in Leipzig stattgefundenen Parteikonferenz referirte, förderte dort eine Fülle von Aussprüchen bekannter Rechtslehrer zu Tage, die der Auffassung des Reichsgerichts direkt entgegen laufen. Einige derselben mögen hier folgen. von Rüdorff-Stenglein spricht sich dahin aus:

„Es giebt eine Reihe von Lebensverhältnissen, in denen die Gebote des Rechts und der Sitte oder die Verfolgung erlaubter allgemeiner oder besonderer Zwecke es mit sich bringen, über den geistigen oder sittlichen Werth eines andern ein Urtheil zu fällen. Es ist das Recht der Kritik im weiteren Sinne. Wird dieses Recht in den richtigen Schranken und ohne Uebertreibung geübt (Wie???), so kann eine Beleidigung deshalb nicht vorliegen, weil man sich in Ausübung eines Rechtes befand und des widerrechtlichen Bewußtseins ermangelte."

Also der Dolus kommt in Frage.

„Der entscheidende Gesichtspunkt ist, wie überhaupt bei § 193, so auch bei Veröffentlichungen durch die Presse, daß nach dem Inhalt und der Form der Mittheilung in thatsächlicher Weise zu beurtheilen ist, ob die Mittheilung ein berechtigtes Interesse, wie das der Belehrung, der Aufklärung, der Besprechung öffentlicher Angelegenheiten im Auge hatte, oder ob die Beleidigung einer Person (bez. Korporation) das leitende Motiv war, oder wenigstens neben der Verfolgung öffentlicher Interessen Platz griff, kurz, ob die Absicht, zu beleidigen, obwaltete.

Zur Anwendung des § 193 gehört nur:

„1. daß die Aeußerung zum Zwecke der Vertheidigung von Rechten ꝛc. geschehen sei (so haben die Gerichte in Berlin und Dresden entschieden);

2. das Vorhandensein dieses Zweckes wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß das Motiv zur Geltendmachung des berechtigten Interesses ein unlauteres ist (z. B. Rache ꝛc.)."

„Ist eine Aeußerung zur Vertheidigung eines Rechtes ꝛc. geschehen, so folgt hieraus allerdings nicht, daß auch ihre Weiterverbreitung unter den § 193 fällt." (Berlin und Dresden.)

Selbstverständlich ist die Anwendung des § 193 ausgeschlossen, wenn eine beleidigende Aeußerung nur zum Scheine zur Wahrung berechtigter Interessen, in Wirklichkeit aber mit der Absicht, zu beleidigen, erfolgte."

Selbst die „Hamb. Nachr." treten in einem Artikel: „Das Reichsgericht und die Presse" für das Recht der Presse ein, öffentliche Interessen wahrzunehmen. Sie bemerken:

„Der Fehler besteht in der Verneinung des Rechtes der Presse, öffentliche Uebelstände zur Sprache zu bringen und dabei in Wahrnehmung berechtigter Interessen zu handeln. Diese Auffassung steht mit den thatsächlichen Verhältnissen des modernen öffentlichen Lebens in vollstem Widerspruch. Wenn es überhaupt eine nicht blos theoretisch gedachte, sondern praktisch vorhandene politische Oeffentlichkeit giebt, so ist es die von der Presse vertretene. Und wenn die Interessen dieser Oeffentlichkeit der Bureaukratie gegenüber wahrgenommen werden sollen, so kann diese Wahrnehmung naturgemäß nur durch die Presse selbst erfolgen, nicht durch das Amtsgericht oder sonst eine Instanz, die für die politischen oder wirthschaftlichen Fragen, um die es sich handelt, kaum das genügende Verständniß besitzt, sondern im besten Falle alles juristisch-formalistisch aburtheilt.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen nachzuweisen, daß sich die heutige Rechtsprechung in bezug auf § 193 absolut nicht mehr mit der von der ursprünglichen, von der Gesetzgebung gewollten Auffassung vereinbaren läßt.

* * *

Ueber die Verurtheilung von zwei österreichischen Genossen wird aus Iglau (Mähren) gemeldet: Am 17. Mai fand vor dem Schwurgerichte die Verhandlung gegen Joseph Hjtesch, Redakteur des „Rovnost" in Brünn, und Joseph Scaha wegen des Verbrechens nach § 300 (Aufwiegelung) statt. Gegenstand der Verhandlung bildeten zwei Reden, welche die Angeklagten in einer Versammlung am 1. Januar d. J. in Trebitsch gehalten haben. Beide Angeklagte wurden mit 9 gegen 3 Stimmen schuldig gesprochen und ersterer zu sechs Wochen, letzterer zu 14 Tagen durch Fasten verschärften Arrests verurtheilt.

* * *

Eine armenische Sektion der sozialistischen Arbeiterpartei hat sich seit einiger Zeit in Newyork gebildet. Die Mitglieder sind fast ausschließlich Seidenweber, welche vor Jahren von den Unternehmern importirt worden waren, um als „Streikbrecher" zu dienen. In dem gegenwärtigen Streik der Seidenweber von Paterson stehen diese Leute zum größten Theil in den Reihen der Streikenden; als die Unternehmer unter den alten Bedingungen ihre Fabriken öffneten, meldeten sich von 1600 Streikenden überhaupt nur elf zur Arbeit.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

Außer dem Redakteur auch noch Drucker und Verleger mit anzuklagen, scheint mehr und mehr — wir möchten sagen „Mode" zu werden. So erhielt der Genosse Reiher, Redakteur des „Sächs. Volksblatt", eine Pfingstfreude in Form von vier Anklagen zugestellt. Drucker sowohl als Verleger sollen sich der Beleidigung — es handelte sich um eine Privatbeleidigung — durch die Presse schuldig gemacht haben. Mit einem Opferlamm scheint man sich nicht mehr begnügen zu wollen. — In gleicher Weise ging der Staatsanwalt in Brandenburg vor, wo ebenfalls außer dem Redakteur Simon, der Verleger der „Brandenburger Zeitung" Ewald in einer Privatklage vernommen wurde.

Witterungsübersicht vom 21. Mai.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresfp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 1° C. = 4° R.)
Swinemünde	756	NNO	4	bedeckt	10
Hamburg	759	N	3	halb bedeckt	9
Berlin	756	WNW	2	Regen	10
Wiesbaden	755	N	1	bedeckt	10
München	754	NW	3	bedeckt	15
Wien	753	SO	2	wolkenlos	16
Haparanda	754	W	4	wolkenlos	5
Petersburg	764	SO	1	bedeckt	7
Cork	764	NNO	3	heiter	7
Aberdeen	763	NW	3	halb bedeckt	4
Paris	757	N	3	bedeckt	7

Witterung in Deutschland am 21. Mai, 8 Uhr Morgens.

Im Laufe des gestrigen Tages ist bei fallendem Barometer im größten Theile Deutschlands Trübung eingetreten. In Mittel- und Süddeutschland fanden stellenweise Gewitter statt, heute Morgen fällt zwischen Weser und Oder sowie in Ostpreußen Regen. Nur an der Nordsee ist das Wetter ziemlich heiter. Die nordöstlichen Winde haben sich etwas verstärkt und die Temperaturen in den meisten Gegenden noch weiter abgenommen; heute Morgen hat Münster nur 6, Hannover 7° C. Allein in Südostdeutschland ist Erwärmung eingetreten, bis auf 17° C. in Breslau, 15° in München.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 22. Mai 1894.

Ziemlich kühles, zeitweise aufklärendes, vorwiegend trübes Wetter mit etwas Regen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Erklärung.

Von befreundeter Seite wird mir die Mittheilung, daß der Redakteur der „Deutschen Arbeiter-Zeitung", Franz Holzerland, behauptet, im Besitz eines von mir geschriebenen Briefes zu sein, in dem ich mich zur Berichterstattung über Vorgänge in der Arbeiterbewegung für das genannte Blatt angeboten habe.

Dieser Behauptung gegenüber, welche in ihrer allgemeinen Fassung geeignet ist, ein zweifelhaftes Licht auf meinen Charakter zu werfen, erkläre ich, daß ich weder dem vorstehend genannten, noch sonst irgend einem Bourgeoisblatte jemals solche Berichte angeboten habe.

Ich habe mich nur einmal, und zwar kurz vor dem internationalen Arbeiterkongreß in Zürich per Zirkulär an eine Reihe von Zeitungen gewandt und Berichte über die Kongreßverhandlungen angeboten.

Jede weiter gehende Behauptung widerspricht der Wahrheit und erwarte ich von der Ehrenhaftigkeit des Herrn Holzerland, daß er die Richtigkeit dieser Darlegung durch Veröffentlichung des in seinem Besitze befindlichen Briefes bestätigt.

Berlin, den 21. Mai 1894.

Hermann Faber.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 22. Mai.

Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Der Tugendwächter. Die Dienstboten.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Kean.
Lessing-Theater. Niobe. Die Orientreise.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der lustige Krieg.
Residenz-Theater. Die Familie Pont-Biquet.
Central-Theater. Der Traum des Aktionärs.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Alexanderplatz-Theater. Demimonde.
National-Theater. Vom Viehhof bis zu den Menschenfressern.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger. Farfarello.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Die verkehrte Welt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Gastspiel **Emil Thomas.**
Dienstag, den 22. Mai 1894:
Der Traum des Aktionärs.
Dramatisches Quodlibet in drei Akten (5 Bildern).
Doktor Peschke, Schladeritz, Strihow, Geyer, Gaspard,
Rentier Blasel . . . Emil Thomas.
Morgen und folgende Tage: **Der Traum des Aktionärs.**

Adolph Ernst-Theater.

Heute:
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Einmalige Aufführung:
Die Ahnfrau.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 5½ Uhr. Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Im Garten: **Großes Konzert.** Auf der Sommerbühne Aufführung von **„Vom Viehhof bis zu den Menschenfressern"**, Große Posse mit Gesang und Tanz sowie Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.
Kassenöffnung 5½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Volks-Vorstellung zu einfachen Preisen. Auf allgemeines Verlangen: **Der Traum ein Leben.**
Im Garten: **Vom Viehhof bis zu den Menschenfressern.**

Victoria-Brauerei,

Lützowstraße 111—112.
Garten resp. **Saal.**
Täglich
(mit Ausnahme Sonnabends):

Stettiner Sänger
Herren: **Meysel, Häckel, Pietro, Britton, Eberius, Steidl, Bliemchen** und **Blank.**
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billets im Vorverkauf à 40 Pf. und Familien-Billets (à 1 M.) für 3 Personen giltig. (Siehe Plakate.)
Neu! Neu! Neu!
Britton als Charley's Tante.
Det is ja jrade wat Scheenes.
Herr **Steidl.**

Vereinsz., 20—25 Perf. fassend, ist zu verg. im Brauerei-Ausschank C. Kintz u. Co., Dresdenerstr. 18. 819b

Castan's Panoptikum.

Neu:
Das Mene Tekel.
Sonderb. u. geheimnissv. spiritistische Produktion.
Neu:
Der 13jährige Riese.

Passage-Panopticum

500 Sehenswürdigkeiten von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends u. a.:
Blaue Grotte, historische Dioramen, Illusionen etc.
Im Theatersaal v. 6 Uhr ab:
Spezialitäten-Vorstellung
Ganz neues Programm!
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Noack's Sommer-Theater.

Brunnenstrasse 16.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Die Kaffeeküche ist geöffnet.

Achtung Restaurateure!

Brauerei Müggelschlößchen.

Reine Ring-Brauerei.
Mit heutigem Tage übernehme ich den Vertrieb des vorzüglichen Versand-Bieres zu Tagespreisen à 21 M. inkl.
Telephon Amt IV No. 916.
Carl Trittelvitz,
895b Falckensteinstr. 7.

Spandau.

Oeffentliche
Volks-Versammlung
am Sonnabend, den 26. Mai 1894, Abends 8 Uhr, in Bork's Lokal, Stakenerstr. 14.
Tages-Ordnung:
Wie stellen wir uns zu dem Berliner Brauerei-Boykott.
Verschiedenes. 491/19
Der Vertrauensmann.

Danksagung.
Ueber die überaus rege Theilnahme beim Begräbniß meines lieben Mannes, Sohnes und Bruders, des Schriftsetzers **Ernst Schaar**, sagen allen Kollegen, Freunden und Bekannten hiermit unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Wittwe **Pauline Schaar**, nebst Eltern und Geschwistern.

Allgemeiner Arbeiter- u. Arbeiterinnenverein

Berlins und Umgegend
(früher gewerblicher Hilfsarbeiter).
Mittwoch, den 23. Mai, Abends 8½ Uhr, bei Boltz, Alte Jakobstr. 75:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Paul Jahn** über: Die Chartistenbewegung in England. 2. Diskussion. 82/6
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Aufforderung!

Nachdem alle mündlichen und schriftlichen Aufforderungen nichts genutzt haben, wird der frühere Vorsitzende des **Fachvereins der Bilderrahmenmacher H. Gost** hiermit öffentlich aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Generalfonds Berliner Glaser umgehend nachzukommen, andernfalls auf anderem Wege das Geld eingetrieben werden muß. 165/15
Die Vertrauensmänner Berliner Glaser.

Gemischter Chor.

Sangeslustige Damen und Herren die gewillt, einem Verein beizutreten, sind herzlich willkommen jeden Mittwoch Abends 9 Uhr, bei Seehausen, Landsbergerstr. 31. 888b
„Freundestreue" (M. d. A.-S.-B.).

Achtung! 890b

Mache hiermit bekannt, daß ich das bisher von den Brauereien Schultheiß und Spandauer Berg bezogene Bier abbestellt habe und jetzt Bier der Nordstern-Brauerei schänke. Gleichzeitig empfehle mein Lokal zu kleineren Versammlungen, wie auch zur Zahlstelle. **F. Engel**, Zimmerstr. 89, part.

Lesehalle u. sozialdemokratische Buchhandlg. 2c.
Sämmtliche Tages-, Partei- und Gewerkschaftsblätter sind für 5 Pf. zu lesen. Die Leseräume stehen den Genossen auch zu Zusammenkünften frei zur Verfügung. 876b
Mit sozialdemokratischem Gruß
Joh. Reiu,
Andreasstr. 24, am Platz.

Arbeiter-Bildungsschule.

Jeden **Dienstag Abend** 8½ Uhr: **Südost-Schule**, Waldemarstraße 14: **Nord-Schule**, Müllerstr. 179a:
„Volksthümliche Medizin"
unter Leitung von Aerzten.
Jeden **Mittwoch Abend** 8½ Uhr: **in allen Schulen:**
„Gesetzeskunde"
unter Leitung von Juristen, über: **Verfassungsfragen, Gewerbe-Ordnung, Unfallversicherung, Arbeiterschutzgesetze, Vereinsrecht** 2c.
Gesetzeskunde ist für jeden Arbeiter unter heutigen Wirthschaftsverhältnissen nothwendig. Wir ersuchen deshalb unsere Parteigenossen, diese edlen wie praktischen Bestrebungen unterstützen zu wollen.
Es ist gestattet, soweit Platz vorhanden ist, auch als Gäste **unentgeltlich** zuerst dem Unterricht beizuwohnen.
Genossen!
werdet und werbet Mitglieder!
455/18 **Der Vorstand.**

Ausstellung Italien in Berlin.

(Stadtbahnstation: Zoologischer Garten.)
Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 12 Uhr Nachts.
Massen-Konzerte sämmtl. italien. Musikkorps
darunter des **Gr. italienischen Opern-Orchesters** des Maestro Cav. **Gialdino Gialdini**, der **Bersaglieri-Kapelle** des Maestro **Giacomo Gatti**, des **Venezian. Serenaden-Orchesters** des Nobile **de Malepiero**, des **Mandolinen-Corps** des Prof. **Frouth.** Ferner: **Mailänder Marionetten-Theater** und des **Venezianischen Variétés** u. s. w. Während des ganzen Tages und Abends: **Gr. Venezianischer Gondel-Korso.** In der **grande tratoria** von **Krüger: Déjeuners, Diners** und **Soupers** (Kouvert 2—10 M.) Weine von Leon v. Beckerath und echte Biere. **Entree 50 Pf. — Letzter Stadtbahnzug Nachts 12 Uhr 20 Min.**

Schweizer Garten.

Am Friedrichshain. **Am Königsthor.**
Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Volksbelustigungen aller Art.
Im neu parquettirten Saale: } Täglich: **Gr. Ball.**
Von 5—7½ Uhr: Freier Damentanz. Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Entree 30 Pf., Billets vorher 25 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 23. d. M., Abends 8½ Uhr,
in den Armin-Hallen, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Arons:** „Bauer und Edelmann in Preußen". 2. Diskussion. 3. Vorstandswahl. Vertheilung von Broschüren an Mitglieder, welche noch keine erhalten haben. 870/20
Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 22. Mai, Abends 8½ Uhr,
in den Concordia-Festsälen, Andreasstraße Nr. 64:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. **Durch welche Reformen kann die Bedeutung des Wahlvereins gehoben werden?** Referent: Genosse **Mattutat.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht ein recht zahlreiches Erscheinen erforderlich. Nur Vereinsmitglieder, die sich durch ihr Mitgliedsbuch als solche legitimiren, haben zu dieser Versammlung Zutritt. Zur Gratisvertheilung gelangt die Broschüre: „Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland" von Gerhard Krause.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Am Dienstag, den 22. Mai,
in den „Germania-Sälen", Chausseestraße Nr. 103:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Punte** aus Dortmund, Delegirter zum Internationalen Bergarbeiter-Kongreß. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Fragekasten.
490/12 **Der Vorstand.**

Gauverein Berliner Bildhauer.

Dienstag, den 22. Mai 1894, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Boltz, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn **Manfred Wittich** über: „Kunst und Volk". 3. Verschiedenes.
Des sehr lehrreichen Vortrages wegen ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.
42/9 **Der Vorstand.**

Die Mitglieder der Vorstände sämmtlicher

Kranken-Kassen Berlins

ladet die unterzeichnete Kommission zu einer
Versammlung auf **Donnerstag, den 24. Mai 1894,**
Abends 8½ Uhr,
nach der **Berliner Ressource,** Kommandantenstraße 57, ergebenst ein.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission über ihre bisherige Thätigkeit. 2. Wie stellen sich die Vorstände jetzt zu einer freien Vereinigung sämmtlicher Krankenkassen Berlins?
Wegen der Wichtigkeit des zweiten Punktes der Tagesordnung ersucht um zahlreiches Erscheinen 875b
Die 21er Kommission. J. A.: **Paul Magnan,** Obmann.
Ritterstr. 94.

Verein sämmtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche Berlins.

Mittwoch, den 23. Mai, Abends 8½ Uhr, im Saale des Herrn Brüning, Rosenthalerstraße Nr. 12
(nahe am Rosenthaler Thor):
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Paul Jahn** über: „Die wirthschaftlichen und sittlichen Wirkungen des Achtstunden-Tages." 2. Diskussion. 3. Bericht über unser Ostervergnügen. 4. Neuwahl eines Bibliothekars. 5. Gewerkschaftliches.
Der unentgeltliche Arbeitsnachweis für alle in der Branche arbeitenden Personen befindet sich Holzmarktstr. 8 bei Deter. 885/3

Buchhandlung des „Vorwärts"

Berlin SW., Beuthstr. 2.

Soeben ist erschienen:

Kommunismus und Kapitalismus.

Der Kommunismus und die ökonomische Entwicklung
von **Paul Lafargue.**
Preis 20 Pfennige. Porto 3 Pfennige.
Lafargue legt in der Broschüre dar, wie die ökonomische Entwicklung von Tag zu Tag mehr die Ueberflüssigkeit und Schädlichkeit des Privatbesitzes an den Arbeitsmitteln vor Augen führt und nicht blos die Zweckmäßigkeit, sondern geradezu die Nothwendigkeit des Kollektivbesitzes beweist.

Die Polizei und die Arbeitslosen.

Stenographischer Bericht über die Gerichtsverhandlungen gegen die acht Redakteure vom 8. u. 9. Mai 1894.
Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg. 68 Seiten gr. 8°.
Der **„Fall Brausewetter"** hat allgemeines Aufsehen erregt und die Kritik der weitesten Kreise herausgefordert, so daß eine stenographische Verewigung dieser Gerichtsverhandlungen wohl angebracht erschien.

Verantwortlicher Redakteur: **Hugo Pötzsch** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 115. Dienstag, den 22. Mai 1894. 11. Jahrg.

Boykottirt sind:

1. **Schultheiss-Brauerei,** Aktien-Gesellschaft, Berlin (und **Tivoli**).
2. **Brauerei F. Happoldt.**
3. **Böhmisches Brauhaus,** Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. **Brauerei Karl Gregory,** Berlin (Adler-Brauerei).
5. **Vereins-Brauerei Rixdorf.**
6. **Spandauer Berg-Brauerei,** vorm. C. Beckmann, Westend bei Charlottenburg.
7. **Aktien-Gesellschaft Schloss-Brauerei Schöneberg.**

Lokales.

Genosse Arthur Stadthagen kehrt am heutigen Tage wieder in die vielberühmte deutsche Freiheit zurück. Fünf Monate sind verflossen, seitdem er wegen Beleidigung des Romen — wer denkt heute noch an diesen Mann? — in der Raboiserwache zu Hamburg Quartier nehmen mußte. Nach allen Berichten, die uns zu Theil geworden, hat unserem braven Mitkämpfer die Gefängnißhaft weniger geschadet, als anfänglich befürchtet wurde. Stadthagen wird sich aber danach voraussichtlich einige Zeit erholen müssen, bevor er sich weiterer Parteithätigkeit widmen kann. Wir und mit uns die Genossen von Berlin und Umgegend rufen unserm wackern Stadthagen ein herzliches Willkommen! zu. In den ersten Tagen des Juni hoffen wir unsern Genossen in Berlin wiederzusehen.

Parteigenossen! Am Mittwoch, den 23. Mai, soll das Boykott-Flugblatt zur Ausgabe und Verbreitung gelangen. Die Ausgabe an die Vertheiler erfolgt für die sechs Berliner Wahlkreise in den nachstehend verzeichneten Lokalen. Die Parteigenossen werden ersucht, spätestens bis Abends 8 Uhr in den nachstehend angegebenen Bezirkslokalen zu erscheinen. Bei der Wichtigkeit der Sache darf keiner fehlen!

Die oben erwähnten Lokale sind:

Erster Kreis. Restaurateure: Thierbach, Friedrichsgracht 16. Stockfisch, Holzgartenstraße 5, Kurstraßen-Ecke. Sommer, Grünstr. 21. Tripke, Jägerstraße 10. Freigang, Schützenstr. 18/19.

Zweiter Kreis. Restaurateure: H. Werner, Bülowstraße 59. J. Naumann, Kulmstraße 36. F. Kitzing, Belle-Alliancestraße 74. Lüdike, Zossenerstraße 10 im Keller. Haase, Königsgrätzerstr. 47. P. Müller, Gräfestraße 32. Schonheim, Gräfestr. 8.

Dritter Kreis. Restaurateure: Frau Walter, Prinzenstraße 99, part. Schmidt, Wallstraße 65. Flick, Simeonstraße 23. Wendt, Alexandrinenstraße 30. Becker, Luckauerstraße 15, Keller. Stramm, Ritterstraße Nr. 123. Schnieber, Admiralstr. 22. Wringe, Admiralstr. 19a. Schebel, Köpnickerstr. 121a. Ehrenberg, Arndtstr. 16.

Vierter Kreis SO. Restaurateure: Trittelwitz, Falkensteinstr. 7. Tolksdorf, Görlitzerstr. 58. Hoffmann, Wrangelstr. 32. Bieberstein, Lausitzer Platz 2. Spindler, Reichenbergerstr. 118. Scheyer, Reichenbergerstr. 54. Zubeil, Naunynstr. 86. Rohr, Naunynstr. 78.

Vierter Kreis O. (Adressen werden morgen veröffentlicht.)

Fünfter Kreis. Restaurateure: Wittchow, Kleine Hamburgerstr. 27. Krüger, Hirtenstr. 10. Weber, Landsbergerstraße 41. Achilles, Greifswalderstr. 210.

Sechster Kreis, Oranienburger Vorstadt. Restaurateure Hilgenfeldt, Bergstr. 60; Gieshoit, Beyenstr. 40; Gleinert, Fenn- und Müllerstraßen-Ecke; Haferlandt, Bellermannstr. 87.

Moabit. Restaurateur Hermerschmidt, Perleberger-straße 28.

Rosenthaler Vorstadt. Restaurateur Raabe, Ruppinerstr. 42.

Schönhauser Vorstadt. Restaurateur Augustin, Kastanien-Allee 11.

Bierboykott. Der unterzeichneten Kommission gehen von einzelnen Parteigenossen, sowie Lokalbesitzern, Restaurateuren und sonstigen Interessenten täglich Mittheilungen zu über Lokale, die entweder bisher boykottirtes Bier ausgeschänkt haben und dasselbe nun aufgegeben haben, oder in denen schon bisher und auch weiterhin nicht boykottirtes Bier verzapft wird.

Soweit mit diesen Mittheilungen die Ansicht verknüpft ist, daß sie durch uns an die Oeffentlichkeit gebracht werden sollen, so wird dieselbe nicht erreicht.

Unsere Aufgabe ist es, den Boykott möglichst wirksam zu gestalten, die Empfehlung des nicht boykottirten Bieres oder der Lokale, in denen solches geschänkt wird, müssen wir aber den Interessenten überlassen.

Die Boykottkommission.

Der Redaktion des „Vorwärts“ sind in den letzten Tagen ebenfalls eine Reihe Zuschriften zugegangen, in denen auf Lokale, welche boykottirtes Bier aufgegeben haben oder dasselbe noch ausschänken, zwecks Veröffentlichung derselben hingewiesen wird. Auch die Redaktion sieht sich aus den gleichen Gründen, welche die Boykottkommission oben bekannt giebt, veranlaßt, von einer Aufnahme derartiger Mittheilungen im redaktionellen Theil des Blattes abzusehen. Für Bekanntmachungen der bezeichneten Art steht den Interessenten fortan nur der Inseratentheil unseres Blattes offen.

450 Brauerei-Arbeiter und 250 Böttcher sind bis jetzt vom Brauereiring gemaßregelt worden. Arbeiter, merkt Euch, daß alle diese Leute unschuldig büßen müssen, daß ihnen auch nicht die geringste Ungehörigkeit zur Last gelegt werden konnte. Nur der Uebermuth hat die Brauereiprotzen veranlaßt, in so skandalöser Weise die Hungerpeitsche über diese Männer zu schwingen. Arbeiter Berlins! Zeigt durch strengste Durchführung des Boykotts, daß die Uebermacht des Kapitals an Eurem einmüthigen Willen elend zerschellen muß! Agitirt unablässig!

Den Parteigenossen der Vororte diene zur Notiznahme, daß für dieselben Boykott-Flugblätter zur Verfügung stehen und in der Buchdruckerei des „Vorwärts“ abgeholt werden können. Ausgegeben werden die Flugblätter aber nur an die Vertrauenspersonen oder solche Genossen, welche sich als vom Vertrauensmann beauftragt, legitimiren können.

Die Aufforderung des Vereins der Brauerei-Arbeiter an die noch in Arbeit befindlichen Kollegen, für die Ausgesperrten 10 pCt. des Wochenverdienstes zu geben, soll den Braumeister der Spandauer Bergbrauerei in Westend, Herrn Wanninger zu der Aeußerung veranlaßt haben, daß jeder Arbeiter, von dem er erfährt, daß er das Geld einzieht, sofort entlassen werde.

Sie stellen sich dumm, die Herren vom Bierring. Am Sonnabend waren sie versammelt, um sich gegenseitig Trost zuzusprechen. Erst redeten sie sich ein, man merke „bis jetzt“ noch nichts von einem Rückgange des Konsums; gegen Schluß der Diskussion stritten sie sich aber bereits darüber, ob der — angeblich noch nicht verspurte — Bierkonsum-Rückgang die Folge des Bierboykotts sei oder blos der kühlen Witterung zuzuschreiben sei. Wenn die Herren noch ein paar Tage warten, werden sie sich die Mühe des Blindekuhspielens ersparen.

Der Bierring und die Böttchermeister. Von der mehr oder weniger brutalen Art, mit der die Brauereien die Aussperrung ihrer Arbeiter vorgenommen haben, ist ausführlich berichtet worden. Wie raffinirt der Ring das Komplott aber eingefädelt hat, geht daraus hervor, daß auch die Böttchereien, welche für den Ring Fastagen liefern, sich ebenfalls den Beschlüssen ihrer Auftraggeber fügen mußten. Man hat, um die kleinen Unternehmer sicher zu haben, eine Konventionalstrafe von 3000 M. vereinbart, für den Fall, daß die „Meister“ Gesellen nach dem neuen Tarif einstellen. Wer da weiß, in welch' problematischer Art viele dieser kleinen Unternehmer im Böttchergewerbe ihr Leben fristen, kann schon jetzt mit Sicherheit voraussagen, daß der gegenwärtige Kampf — ohne daß derselbe von langer Dauer ist — manchem Meister das Genick brechen wird. Mögen die ruinirten selbständigen Existenzen sich bei Herrn Röficke für diesen „Erfolg“ seiner Kraftprobe bedanken.

Einen ungesetzlichen Inhalt haben die Arbeitszeugnisse, welche von den Brauereiprotzen den auf die Straße gesetzten Arbeitern — den beregten 20 pCt. — ausgestellt worden sind.

Ein solches klassisches Schriftstück, welches uns vorliegt, hat folgenden Wortlaut:

Der Brauergeselle Herr N. N. ist seit dem ..... bis heute in unserer Brauerei beschäftigt gewesen. Derselbe hat während dieser Zeit durch seine Leistung wie durch seine Führung stets unsere volle Zufriedenheit gehabt. Seine Entlassung erfolgt auf Grund des Beschlusses des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend, 20 pCt. der Arbeitnehmer mit dem 16. Mai zu entlassen.

Diese Zeugnisse sind ungesetzlich; dieselben sind geeignet, den entlassenen Arbeiter in seinem Fortkommen stark zu behindern, denn nach der heutigen Sachlage wird fast ein jeder Brauereibesitzer Deutschlands den unter dem Zeichen des 16. Mai Entlassenen von der Thür weisen.

Wer von den Gemaßregelten daher glaubt, daß ihm durch das Zeugniß des obigen oder ähnlichen Inhalts ein Nachtheil irgendwelcher Art erwachsen kann, der möge ruhig nach seiner früheren Arbeitsstätte gehen und sich ein anderes fordern. Sein Recht muß ihm werden.

Gott segne das ehrbare Handwerk — des Bierfälschens. In ihrer Angst um den bedrohten Profit sind die Ehrenmänner vom Bierring bereits so weit heruntergekommen, daß sie **zu ganz ordinärem Betrug und Schwindel** ihre Zuflucht nehmen. In derselben Sonnabend-Versammlung, wo die Herren zuerst jeden Konsumrückgang leugneten, beriethen sie auch, wie sie sich von der drohenden finanziellen Verantwortung gegen ihre boykottirten Ringkollegen am besten drücken könnten. Und da kamen diese Ehrenmänner — Ehrenmänner sind sie ja alle — auf den Gedanken, das Publikum einfach zu **beschwindeln.**

Es wurde nämlich beschlossen, daß denjenigen Brauereien, welche infolge der jetzigen Boykott-Bewegung einen merklichen Rückgang ihres Absatzes verspürten, abgesehen von den ihnen zustehenden finanziellen Entschädigungen, die übrigen nichtboykottirten Brauereien einen Theil ihrer Biere abnehmen und dieselben an die eigene Kundschaft vertheilen. Dadurch würde der Konsum des boykottirten Bieres auf einer wünschenswerthen Höhe erhalten und die zu zahlenden Entschädigungen entsprechend vermindert werden.

Also ein ganz ordinärer Schwindel, der frechste Betrug — das sind die Mittel, mit denen die hochmüthigen Brauerprotzen in ihrem frivol heraufbeschworenen Kampfe zu siegen hoffen. Sie werden sich täuschen; die Arbeiter werden diesen Schwindel ebenso vereiteln, wie sie mit dem Uebermuthe dieser Profitgeier aufräumen werden. Aber schön ist es doch, daß diese Stützen von Staat und Gesellschaft, diese Musterbürger in Reichs- und Gemeindevertretungen, diese Wahrer und Schirmer von Gesetz und Recht, Christenthum und Moral so offen den frechsten Betrug als loyales Kampfmittel proklamiren. Die Arbeiter werden sich's merken.

Welche Riesenprofite das Wasserfärben und -Würzen — das man mit dem schönklingenden Namen Bierbrauen belegt — abwirft, dafür liegen folgende Zahlen vor:

Die **Schultheiß-Brauerei** hat für das Jahr 1892 gezahlt:

Tantiemen an die Direktion (**Röficke**)	**99 014,76** M.
Tantiemen an den Aufsichtsrath	49 507,38 „
Entbehrungslohn an die Aktionäre	810 000,— „

Begreift man nun den Feuereifer des Herrn Röficke? Neben dem nach Tausenden sich belaufenden Direktorgehalt in einem einzigen Jahre 100 000 M. Tantieme! Und 50 000 M. für die paar Aufsichtsraths-Sitzungen! Diese „Arbeiterfreundlichkeit“ rentirt sich wenigstens!

Die **Aktienbrauerei** Friedrichshöhe vormals **Patzenhofer** erzielte 1891/92 bei einem

Aktienkapital von . . .	2 730 000 M.
einen **Gewinn** von . . .	**1 496 626** „

An Direktion und Aufsichtsrath wurden an Tantieme bezahlt 55 000 M.

Wie hoch der Arbeitslohn ist, läßt sich genau nicht feststellen. Um den betreffenden Posten nicht allzuklein erscheinen zu lassen, hat man Brennmaterial, Gas, Wasser, Miethe, Reparaturen 2c. alles zusammengeworfen und ergiebt sich dafür die Summe von 646 727 M. Rechnet man hoch, so kann man für Arbeitslohn höchstens 600 000 M. ansetzen. Und da ergiebt sich, daß die Tantieme für die Handvoll Aufsichtsräthe 10 pCt. der Gesammtlöhne beträgt. Die Arbeiter erhalten also für ihre Thätigkeit an Löhnen nur 40 pCt. des Gewinnes, die Aktionäre aber für ihr Faullenzen 60 pCt.

Das **Böhmische Brauhaus** zahlte pro 1892 an Dividende für die Kommanditäre 488 949 M., Arbeitslöhnen 348 191 M. Zieht man, wie eigentlich selbstverständlich, auch noch die Abschreibungen in Betracht, so erhalten vom Arbeitsertrag die Aktionäre fürs Nichtsthun 64 pCt., die Arbeiter 36 pCt. Die Arbeiter haben dafür aber wenigstens die beruhigende Gewißheit, daß nach den Ergebnissen der Unfallstatistik die Brauerei-Arbeiter die höchsten Unfallziffern aufweisen.

Eine für 1890/91 erschienene Zusammenstellung der Profite im deutschen Braugewerbe ergiebt, daß 300 Brauerei-Aktiengesellschaften arbeiten mit einem Aktienkapital von 291 720 000 M. und einem **Reingewinn von 20 918 957 M.**

Angesichts dieser Riesenprofite läßt sich der Uebermuth des Brauerrings sehr leicht begreifen; und geradezu bewundernswerth ist die Unverschämtheit der Brauerprotzen, mit welcher sie gegenüber solchen Zahlen die bescheidenen Lohnforderungen der Arbeiter als maßlos bezeichnen, denen zu entsprechen die Geschäftslage nicht gestatte.

Der brennende Wunsch, die unvermeidliche Schlappe, welche die Unternehmer mit ihrer Provokation in der Frage des Boykotts davontragen werden, möglichst hinauszuschieben, veranlaßt die Interessenten des Bierringes, allerlei thörichtes Gerede in die Welt zu setzen. So wird jetzt zum Beispiel von bekannter Seite das Gerücht verbreitet, die Weißbier-Brauereien würden, falls der Kampf mit der Arbeiterschaft länger andauert, in den Ring eintreten. — So leicht werden, meinen wir, die kleinen Brauereibesitzer nicht in den Rachen des Löwen hineinspazieren; besonders nicht in dem Falle, wo ihnen während des Boykotts des bayerischen Bieres vermehrter Absatz sicher ist. Herr Röficke und seine Trabanten werden also wohl oder übel die Suppe, welche sie sich selber eingebrockt, auch allein ausessen müssen.

Den Austritt aus dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend zeigt uns Herr Friedrich Reichenkron, Besitzer der Brauerei Karlsberg, Charlottenburg, Berlinerstraße 77 an. Das vereinte Vorgehen der Berliner Arbeiterschaft übt seine Wirkung aus. Die Arbeiter Berlins werden mit der bisherigen Energie weiter kämpfen, bis das übermüthige Unternehmerthum vor ihrer Phalanx die Waffen streckt. Vorwärts zu neuen Siegen!

Genosse Fritz Lietzke, Schwedlerstr. 33, theilt uns zu unserer Boykottnotiz vom Sonnabend mit, daß es natürlich nicht sein Lokal sei, in welchem boykottirtes Bier ausgezapft werde. Jeder unserer Leser wird davon überzeugt sein, daß Genosse Lietzke, wie in allen, so auch in Sachen des Bierboykotts seiner Pflicht gegenüber der kämpfenden Arbeiterschaft vollauf nachkommt und daher gewiß keiner besonderen Rechtfertigung bedarf.

Berichtigung der Lokal-Liste. Der Name des Wirthes von Hankel's Ablage in Zeuthen, dessen Lokal den Arbeitern zur Verfügung steht, ist in der Lokal-Liste falsch angegeben. Der Wirth heißt nicht M. Schrobach, wie es in der Liste heißt, sondern E. Künzel.

Eine Anzahl Parteibons sind als gefunden in der Redaktion abgeliefert worden. Der Eigenthümer wolle sie sich dort abholen.

Erschossen hat sich am Sonntag früh um 12½ Uhr ein etwa 25jähriger Mann am großen Spielplatz im Thiergarten. Das aus einem Revolver abgefeuerte Geschoß drang ihm in die rechte Schläfe und führte den sofortigen Tod herbei. Die Persönlichkeit ist noch nicht festzustellen gewesen.

Plötzlicher Tod im Eisenbahnzuge. Am Sonnabend Mittag wurde einem Herrn, der einen Stadtbahnzug zwischen den Haltestellen Friedrichstraße und Lehrter Bahnhof benutzte, plötzlich unwohl. Auf der zuletzt genannten Station nahm sich ein Schutzmann von der Bahnhofs-Polizeiwache seiner an und brachte ihn nach einem Krankenhause. Der Tod war aber alsbald eingetreten. In dem Verunglückten ist später der 62 Jahre alte Rechnungsrath Ludwig Böhm festgestellt worden, der in der Buchhalterei der Reichsbank beschäftigt war und sich auf dem Wege nach seiner in der Kantstraße zu Charlottenburg belegenen Wohnung befand. Die Todesursache ist noch nicht sicher zu ermitteln gewesen.

Ein größeres Feuer brach in der Nacht zum Sonntag in dem Hause Hardenbergstr. 37 zu Charlottenburg aus. Ein Schutzmann sah gegen 2 Uhr früh Flammen aus dem Dache emporzüngeln und rief die Feuerwehr. Als diese kam, stand der Dachstuhl bereits in Flammen. Die Bewohner lagen noch in tiefem Schlafe; denn die Hausthür war noch verschlossen. Auch auf dem brennenden Boden war ein Dienstmädchen noch nicht erwacht und es wäre unbedingt verbrannt, wenn es nicht durch Feuerwehrmänner aufgerüttelt worden wäre. Der obere Theil des Hauses wurde von Qualm derart erfüllt, daß die Insassen flüchten mußten. Das Feuer, das mit 4 Schläuchen angegriffen wurde, konnte nach mehrstündiger Thätigkeit gelöscht werden. Der Schein hatte auch die Feuerwehr aus Wilmersdorf allarmirt, die aber nicht mehr zur Verwendung kam.

Von seinem eigenen Wagen überfahren und tödtlich verletzt wurde am Sonnabend Abend gegen 6 Uhr in der Weinmeisterstraße der Kutscher Karl Gottlieb, der mit einer Ladung Mauersteine nach der Rosenthalerstraße fuhr. G., der auf dem Wagen eingeschlafen, waren die Zügel entfallen und als er sich schlaftrunken bückte, um danach zu greifen, stürzte er vom Bock und gerieth unter sein Gefährt, dessen Vorderräder ihm über Kopf und Brust hinweggingen. In besinnungslosem Zustande wurde der Bedauernswerthe nach der Charitee gebracht, woselbst er hoffnungslos darniederliegt.

Ein Musterfabrikant. Polizeilich gesucht wird der seit acht Tagen verschwundene Schirmfabrikant Rombert, früher in der Gollnowstraße ansässig, wegen Vergehens gegen das Gesetz der Alters- und Invaliditätsversicherung und einer mit derselben verbundenen Unterschlagung. R. war früher Besitzer einer sehr bedeutenden Fabrik, die jedoch in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen war und bei deren Betrieb er ca. 30 000 M. verloren hatte. R. versuchte nun auf jedem nur denkbaren Wege Geldmittel zu beschaffen und so ließ sich der Fabrikant dadurch eine strafbare Handlung zu Schulden kommen, daß er seinen Arbeitern die Beiträge für die Alters- und Invalidenkasse vom Wochenlohn abzog und ohne die Marken einzukleben, für sich vereinnahmte, so daß das Personal, welchem der Lohn auch schon einige Zeit vorbehalten war, noch den gesammten Fehlbetrag ersetzen mußte.,

Die bitterste Noth. Ein Selbstmord wurde gestern von dem Kaufmann Conrad, Elbingerstraße 18, begangen. Derselbe war seit längerer Zeit arbeitslos und machte daher, von Verzweiflung getrieben, seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Der Arme hinterläßt eine Frau und sechs hungernde Kinder.

Der Tischler Franz Püschel, Rixdorf, Falkstr. 8, theilt uns mit, daß er mit dem wegen Silberdiebstahls und Falschmünzerei verhafteten Mann gleichen Namens nicht identisch ist.

Keine Nachtwandlerin. Herr August Lulinski, Friesenstraße 17, theilt uns bezüglich des Unfalles, der seiner Tochter in Lichterfelde passirte, ergänzend mit, daß unsere Darstellung vom 11. d. M. insoweit unrichtig war, als seine Tochter nicht nachtwandelte, sondern durch starkes Klopfen und Rütteln an der Schlafkammerthür stark in Angst versetzt worden ist und sich vor Furcht auf das Gitter stürzte. Auch kann sie sich mit Sicherheit entsinnen, daß sie um Hilfe gerufen habe. Der Schreck habe ihr die Besinnung geraubt. Sie sei erst durch die furchtbaren Schmerzen wieder zum Bewußtsein gekommen.

Polizeibericht. Am 19. d. Mts. früh wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Fürstenstraße, erhängt vorgefunden. —

Nachmittags wurde in der Nähe der Waisenbrücke ein 10jähriger Knabe beim Spielen von einem anderen Knaben in die Spree gestoßen. Da das Wasser an dieser Stelle sehr seicht ist, gelang es ihm leicht, wieder herauszukommen, er hatte aber beim Fallen den rechten Unterarm gebrochen. — Gegen Abend fiel in der Neuen Schönhauserstraße ein Kutscher von seinem ins Schleudern gerathenen Wörtelwagen und wurde an beiden Beinen überfahren. — Unter der Stadtbahn-Ueberführung in der Neuen Promenade gerieth eine 76 Jahre alte Frau unter eine Droschke und wurde mehrfach, anscheinend jedoch nicht schwer, am Kopfe verletzt. — In der Alexanderstraße lief ein Knabe aus Unachtsamkeit gegen eine Droschke und erlitt außer mehrfachen Quetschungen anscheinend einen Bruch des rechten Oberschenkels. — In der Nacht zum 20. d. M. erschoß sich im Thiergarten auf dem Spielplatz an der Lennéstraße ein etwa 25 Jahre alter Mann. — Am 20. d. M. Morgens wurde ein Kaufmann in seiner Wohnung, in der Elbingerstraße, erhängt vorgefunden. — Vormittags schoß sich ein Handwerker in seiner Schlafstelle, in der Adalbertstraße, drei Revolverkugeln in den Mund und verletzte sich so schwer, daß er bald darauf starb. — Am 19. und 20. d. M. wurde die Feuerwehr zehn Mal zu Feuern gerufen, darunter zwei Mal zu größeren. — In der Rauchstr. 1 brannte der Inhalt mehrerer Zimmer und in der Naunerstr. 21 das Holzwerk und das Dach eines Neubaues.

Theater.

Müde und träge schleicht das Theaterjahr seinem Ende zu. Die letzte Novität noch brachte das Schauspielhaus. Es handelt sich um eine literarische Ausgrabung, um ein Wirthspiel aus Spanien's theatralische Glanzperiode, um die Komödie „Das Unmögliche" von Lope de Vega, die der Kritiker der „National-Zeitung" Eugen Zabel nach einer Uebersetzung von Braunfels für die deutsche Bühne „gerettet" hat. Mit solchen Rettungen hat es seine besondere Bewandtniß. Sie kehren regelmäßig gerade in solchen Perioden häufiger wieder, in denen eine Erschlaffung künstlerischen Schaffens eingetreten ist. In der That ist die Reaktion das besondere Merkmal des abgelaufenen Bühnenjahres und ganz aus dem Geiste dieser Reaktion heraus verfiel man darauf, aus den Reichthümern Lope de Vega's nicht etwa ein schweres, in großen Schicksalen reiches oder in berauschende Phantasie getauchtes Stück zu wählen, sondern man ließ sich's mit einer zierlichen Kleinarbeit, von heiterer gefälliger Form, aber geringfügiger ideeller Bedeutung genügen. Das Spielerische in der Kunst, das märchenhaft Tändelnde, nicht das märchenhaft Tiefe und Naive, das von dem Berliner Theaterpublikum zur Zeit so begierig aufgesogen wird, ist auch für Lope de Vega's „Tugendwächter" charakteristisch. Als steckte man voll von geheimem Bangen vor der dramatischen Behandlung moderner Empfindung, moderner Zeitgedanken. Auf dem Minnehof der schönen Königin von Neapel, der nirgends und niemals bestand, als im lustigen Reich der Romantik, da kann auch die zärtlichste Seele nicht von Aufregung und Kampf beunruhigt werden. Da geht es zierlich und gefällig zu und verliebte Sehnsucht, zierliche Koketterie sind die Pole, um die sich alles Erdenschicksal dreht. Davon hört ein selbstzufriedenes Publikum gerne und das Schauspielhaus hat ein selbstzufriedenes, wohlanständiges Publikum.

Die junge schöne Königin von Neapel hat ihre Ritter mit der Räthselfrage beschäftigt, was ist das Unmöglichste auf Erden? Keine Auskunft geben die Edlen am Hofe, keine Auskunft wenigstens, die die Königin befriedigen könnte; und so kommt sie selber zu dem Ausspruch: Das Unmöglichste ist es, ein Weib, das in Liebe entbrannt ist, zu hüten. Dem widerstreitet der edle Roberto und erklärt: Ich will Wächter meiner liebreizenden, tugendsamen Schwester sein. Nur durch mich darf sie ihren Gatten wählen. Aber Roberto's Schwester Diana liebt den edlen Lisandro und er ist längst auch in sie verliebt. Durch Ränke und in Verkleidungen aller Art wissen die Liebenden den strengen Tugendwächter zu übertölpeln und Roberto muß bekennen: Es ist undenkbar, ein Weib zu hüten, das nicht selber seine Ehre hütet. In das Tändelnd-zierliche der Verse Lope de Vega's fand sich Frau von Hochenburger (Diana) besser als Fräulein Poppe's (Königin) minder graziöse Kunst. Am wirksamsten aber erwies sich die komische Kraft Vollmers (Kastellan im Schloß Roberto's.)

Zentraltheater. In dem Quodlibet „Der Traum des Aktionärs", das am Sonntag zum ersten Male aufgeführt wurde, hatte Herr Thomas zwar Gelegenheit, in einem Bäckerdutzend Rollen sein vielseitiges Talent zu zeigen, aber weiter hatte die Sache eigentlich auch keinen Zweck. Der Inhalt des Stückes ist ein Sammelsurium aus älteren Possen und Operetten, das einem Aktionär, der statt zum Brauereidirektor, aus Versehen zum Direktor eines Theaters, das der Brauerei gehört, gewählt worden ist, nach dem Muster der „Niobe" im Traum erscheint. Die verschiedenen Szenen sind meistentheils mit Geschick aneinander gereiht, aber sie geben doch kein Ganzes, das am Schluß der Vorstellung Befriedigung erwecken könnte. Vollends wird die Wirkung beeinträchtigt durch die schließliche gar zu gewaltsame Lösung des Knotens, die den angenehmen Empfindungen und Erinnerungen, welche die vorgeführten Bilder aus den zum großen Theil schon verschollenen Stücken erwecken, einen gar zu plumpen Stoß versetzt. Dem Gast stand Frau Dora, der ebenfalls eine erkleckliche Anzahl Rollen aufgebürdet war, vortrefflich zur Seite. Von den sonstigen Mitwirkenden sei vor allen Herr Müller genannt, der durch seinen trockenen Humor, wie immer, das Publikum hinriß.

Gerichts-Zeitung.

Presse und Polizei. Wider war es die Mißbilligung einer Polizeimaßregel, welche gestern drei Redakteure, die Herren Schippang („Deutsche Warte"), Harich („Berl. Tagebl.") und Müller („Berliner Morgenzeitung") vor der VII. Strafkammer des Landgerichts I führte. Die betreffenden Zeitungen hatten einen Bericht der „Mühlhausener Ztg." übernommen, wonach ein Polizeisergeant einen trunkenen Menschen, der in das eiskalte Wasser gefallen war und sich am Kopf verletzt hatte, statt nach dem Krankenhause, nach dem Polizeigewahrsam gebracht habe. Dort habe der Mann mit durchnäßten Kleidern die Nacht verbracht, als man aber des Morgens seine Zelle öffnete, sei der Bedauernswerthe eine Leiche gewesen. Da in dem betr. Artikel das Vorgehen des Polizeisergeanten als ein Akt der Unbarmherzigkeit gegeißelt wurde, so war gegen den Redakteur der „Mühlh. Ztg." Strafantrag gestellt und dieser zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt worden. In der betr. Gerichtsverhandlung war festgestellt worden, daß das Vorgehen des Polizeisergeanten vorwurfsfrei und der Tod des betr. Mannes eine Folge zu starken Schnapsgenusses gewesen war. Der hiesige Gerichtshof sah das Vergehen etwas weniger schwer an: er verurtheilte die Herren Schippang und Müller zu je 20 M., Harich zu 30 M. Geldstrafe.

Moderne Rechtsprechung. Das geflügelte Wort „Die Oeffentlichkeit existirt nicht", dürfte bald mehr als ein leeres Wort werden, wenn der Presse das Gebiet ihrer berechtigten Thätigkeit durch die Gerichte noch immer enger begrenzt wird, als es bisher schon der Fall war. Auf grund eines alten Reichsgerichts-Erkenntnisses ist gestern von der 5. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I ausgesprochen worden, daß selbst wahrheitsgetreue Gerichtsberichte, in denen ganz zutreffend eine an sich beleidigende Aeußerung eines Gerichtsvorsitzenden wiedergegeben wird, vor einer Anklage wegen Beleidigung nicht schützen. In einer vor der Strafkammer des Landgerichts II verhandelten Anklagesache wegen Hausfriedensbruchs hatte der Vorsitzende bei der Urtheilsverkündigung u. a. gesagt: „Auch unnoble Menschen müssen in ihrem Hausrecht geschützt werden." Diese Bemerkung des Vorsitzenden, durch die sich der betreffende Belastungszeuge beleidigt fühlte, hatte der Gerichts-Berichterstatter Bugarsky wahrheitsgetreu seinem Berichte eingefügt. Daraufhin strengte der betreffende Zeuge eine Anklage wegen Beleidigung nicht nur gegen Bugarsky, sondern auch gegen den Redakteur der „Berliner Zeitung", Paul Ehrenfrant an, der jenen Bericht abgedruckt hatte. Die Sache wurde nicht einmal zum Gegenstand einer Privatklage gemacht, sondern der Staatsanwalt erhob die öffentliche Klage und das Schöffengericht verurtheilte beide Angeklagte zu je 20 M. Geldstrafe. In der Berufungsinstanz beantragten die Rechtsanwälte Dr. Halle und Dr. Flatau die Freisprechung der Angeklagten, da dieselben unmöglich das Bewußtsein haben konnten, durch die wahrheitsgetreue Wiedergabe einer von dem Gerichtspräsidenten gethanen Aeußerung eine Beleidigung zu begehen. Die fünfte Strafkammer erkannte aber auf Verwerfung der Berufung. Maßgebend für die Strafkammer war ein im Bande 1 der Reichsgerichtsentscheidungen abgedrucktes Erkenntniß des obersten Gerichtshofes, in welchem ausgeführt wird, daß der Grundsatz des § 12 Strafgesetzbuches („Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen eines Landtages oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei") nicht Platz greift auf wahrheitsgetreue Berichte über Gerichtsverhandlungen. Der Schutz des § 193 wurde den beiden Angeklagten versagt, da nach dem bekannten Reichsgerichts-Erkenntniß der § 193 ganz persönliche Interessen und nicht die Interessen der Allgemeinheit im Auge habe.

Gestern wurde gegen den bekannten anarchistischen Agitator Dr. med. Ladislaus Gumplowicz aus Graz, gegen den Mechaniker Karl Wiesenthal und gegen den früheren Kandidaten der Theologie, jetzigen Redakteur Fedor v. Wächter, vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Am 29. November v. J. fand in den Gratweil'schen Bierhallen eine Versammlung von arbeitslosen Malergehilfen statt. Der Angeklagte v. Wächter sprach im Namen des sozialdemokratischen Fachvereins über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Er soll dabei ausgeführt haben, daß man die revolutionären Ideen in das Heer und den Beamtenstand hineintragen müsse, um immer mehr Anhänger zu gewinnen, im Falle einer Revolution würden die Soldaten dann nicht auf ihre Brüder schießen. Hierin fand die Anklage eine Aufreizung. Nachdem der Angeklagte von Wächter seinen Vortrag beendet hatte, entspann sich eine Diskussion, an welcher sich zunächst der Angeklagte Gumplowicz betheiligte. Nach der Anklage sagte er: Er erkenne keine Gesetze über sich an. Wenn jemand hungere, so solle derselbe sich dasjenige, was er zum Leben gebrauche, von den Leuten nehmen, welche sich früher unberechtigter Weise in den Besitz reichlicher Mittel gesetzt hätten. Das Heer sei nur dazu da, um gegen die streikenden Arbeiter verwendet zu werden, das Volk sei ein Riese, es brauche sich nur zu schütteln, um die Flöhe abzuschütteln, die auf ihm herumkrabbeln. Nach dem Angeklagten Gumplowicz nahm der Angeklagte Wiesenthal das Wort. Er erklärte, nach der Anklage, daß Hunger das schlimmste sei, von dem ein Mensch betroffen werden könne, er würde in solchem Falle in den ersten besten Schlächter- oder Bäckerladen gehen und sich eventuell mit Gewalt nehmen, was er gebrauche, um seinen Hunger zu stillen. Er würde sich eher die Kohlrübe abhacken lassen, als vor Hunger auf der Straße verrecken. Der Angeklagte Gumplowicz, welcher z. Z. wegen ähnlicher Vergehen eine Gefängnißstrafe von anderthalb Jahren verbüßt, gab an, daß er ursprünglich jüdischen Glaubens gewesen, dann evangelisch geworden und jetzt Dissident sei. Er räume ein, daß er zum Diebstahl und Mundraub aufgefordert habe, er werde es auch ferner thun. Aber er bestreite die ihm zur Last gelegte Aufreizung, sowie daß er erdichtete Thatsachen behauptet habe, um eine Staatseinrichtung verächtlich zu machen. Der Angeklagte Wiesenthal gab die Aeußerung, wegen der er beschuldigt ist, ebenfalls zu, bestritt aber, daß er an ein Verbrechen gedacht habe, welches vom Gesetz mit dem Tode bedroht werde. Den Kopf könne man sich ja auch vom Fleischer abhacken lassen, wenn man diesen Tod dem des Verhungerns vorziehe, es sei ein Scharfrichter dazu nicht nöthig. Er habe nur zu Mundraub und Diebstahl aufgefordert. Der Angeklagte Wächter bestritt jede aufreizende Absicht, er habe lediglich die Marx'schen Theorien ausgeführt. Staatsanwalt Dr. Benedix beantragte nach Schluß der Beweisaufnahme gegen Dr. Gumplowicz, der systematisch gegen die Gesetze verstoße, eine Zusatzstrafe von anderthalb Jahren Gefängniß, gegen Wiesenthal, der zur Zeit eine Gefängnißstrafe von 1 Jahr 4 Monaten wegen „anarchistischer Umtriebe" verbüßt, eine Zusatzstrafe von einem Jahr und gegen v. Wächter sechs Wochen Gefängniß. Der letztere habe sich dadurch vergangen, daß er aufgefordert habe, den sozialistischen Geist in die Armee zu tragen, damit die Soldaten in ihrem Pflichtgefühl gelockert würden. Der Angeklagte Gumplowicz hielt eine längere Rede, worin er besonders hervorhob, daß er durch eine harte Strafe nie gebessert werden könne. Die rohe physische Gewalt, der er sich fügen müsse, könne keinen Einfluß auf seine Gesinnung ausüben. Er schloß mit folgenden mit erhobener Stimme gesprochenen Worten: „Thun Sie Ihres Amtes, meine Herren, aber geben Sie sich nicht der Hoffnung hin, daß Sie Recht ausüben, Sie üben nur Gewalt aus. Wenn Sie aber einmal die Macht verloren haben, haben Sie Alles verloren!"

Jetzt erhob sich Staatsanwalt Dr. Benedix und erklärte: **Nunmehr** ändere ich meinen Strafantrag u... und beantrage eine Gefängnißstrafe von acht Jahren. (!!!) Der Angeklagte Dr. Gumplowicz zeigte ein höhnisches Lächeln.

Die Vertheidiger, Rechtsanwälte Dr. Biber und Dr. Herzfeld plaidirten für ein niedrigeres Strafmaß, der letztere für Freisprechung des Angeklagten v. Wächter.

Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Dr. Gumplowicz zu 9 Monaten Gefängniß zusätzlich, den Angeklagten Wiesenthal zu 3 Monaten Gefängniß zusätzlich.

Der Angeklagte v. Wächter wurde freigesprochen.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Bäckermeister Adolph Kuhrt aus Charlottenburg am Montag von der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschließung der Oeffentlichkeit statt. Aus der öffentlichen Urtheilspublikation ging hervor, daß der Angeklagte die Kaiserin schwer beleidigt hat, daß aber der Gerichtshof annehmen mußte, der Angeklagte sei sich der Bedeutung und der Tragweite seiner Aeußerungen nicht voll bewußt gewesen. Trotzdem setzte es für das sog. Vergehen die oben bezeichnete harte Strafe.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Berliner Gewerbegerichts-Beisitzer! Die Arbeitnehmermitglieder des Gewerbegerichts-Ausschusses tagen am Dienstag, den 22. Mai, Abends 9 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16. Dies wird mit dem Bemerken allen Gewerbegerichts-Beisitzern, namentlich denjenigen der fünften Kammer, bekannt gemacht, daß ein Antrag an den Ausschuß für Gutachten und Anträge mit den nothwendigen 30 Unterschriften versehen werden muß und wird erwartet, daß sich die genügende Anzahl zur Unterschrift dieses Antrages einfindet.

Der Ausschuß.
Im Auftrage: Alw. Körsten, Skalitzerstr. 63/64.

An die Genossen! Von den Arbeitern der Kuhnheim'schen Fabrik in Nieder-Schönweide wurden nach Beendigung des Streiks ca. 80 Arbeiter, welche an der von ihnen aufgestellten Forderung bis zum letzten Augenblick festhielten, gemaßregelt, die nun, wenn nicht schnelle Hilfe kommt, mit ihren Familien dem Elend preisgegeben sind. Es ist daher Eure Pflicht, für dieselben einzutreten. Wir fordern Euch deshalb auf, Euer Solidaritätsgefühl durch recht rege Betheiligung an den Sammlungen für die Gemaßregelten zu bezeugen.

Die Streik-Unterstützungskommission.

Geldsendungen sind zu richten an H. Bökert, Adlershof, Bismarckstr. 89.

Die unterzeichnete Kommission ersucht alle diejenigen, die noch im Besitz von Sammellisten des letzten Berliner Schuhmacherstreiks sind, diese binnen vier Wochen abzuliefern, widrigenfalls wir gezwungen sind, die Namen der Säumigen zu veröffentlichen.

Die Lohnkommission.
Rich. Temler, Zeughofstr. 6, Hof, Quergeb. part.

An die Sattler Berlins! Seit langem hat in unserer Branche keine so schlechte Arbeitsgelegenheit geherrscht wie jetzt, und je höher die Arbeitsnoth steigt, umsomehr benutzt die Unternehmerschaft die Gelegenheit zu rücksichtslosem Vorgehen. Leider ist die Zahl der organisirten Kollegen noch gering und bleiben viele derselben ohne einen ersichtlichen Grund der Organisation fern. Auch die älteren Kollegen hätten alle Ursache, sich zu organisiren. Ebenso wäre es angebracht, wenn einmal die Kollegen der Zenter'schen sowie diejenigen aus anderen ähnlichen Werkstätten sich in der Versammlung sehen ließen, damit die Berliner Sattler einmal Stellung zu diesen Werkstätten nehmen könnten. Kollegen! Betrachtet unsere Wiener und überhaupt unsere österreichischen Kollegen, welche Siege sie errungen haben infolge ihrer Organisation. Schämen müssen wir uns, daß in Berlin nicht einmal 10 pCt. der Sattler organisirt sind, wogegen wir in anderen Städten 90 pCt. organisirte zählen.

Darum auf, Kollegen! Zeigt, daß Ihr gewillt seid, endlich von dem verderblichen Indifferentismus Euch loszusagen, um Mann für Mann der bestehenden Organisation beizutreten. Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 26. Mai, Abends 8½ Uhr, bei Wienecke, Alte Jakobstr. 83, statt und von da ab regelmäßig alle 14 Tage in demselben Lokale. In der Versammlung sowie in seiner Wohnung, Schlegelstr. 5, v. 4 Tr., nimmt der Kassirer F. Matschulat Aufnahmen entgegen.

P. Blum, Demminerstr. 13.

Der Schlosserstreik in der Richard Saalfeld'schen Patent-Tischfabrik zu Helmstedt ist zu gunsten der Arbeiter beendet.

Der Zuzug von Schlossern und Drehern nach Frankfurt a. M. ist streng fernzuhalten. Dort sind 350 Arbeiter der Firma Kleyer (von der Fahrrad-Abtheilung) in den Streik eingetreten.

Zum Tischlerstreik in Zürich wird uns von dort geschrieben: Im Laufe der letzten Woche hat sich die Situation sehr wenig verändert. Die Maßnahmen der Meister sind die gleichen wie früher. Die gemachte Solidarität der Schreinermeister hält noch etwas an, da sie die Unterstützung der gesammten Bourgeois genießen. Die Polizeimaßregeln sind von neuem verschärft worden, was uns aber sehr wenig erregt. Hand in Hand mit der Polizei gehen die Provokationen von seiten der Meister. Die Meister begehen die größten Ausschreitungen sogar unter der Hand der Polizei, es fehlt nur noch, daß dieselbe Beifall klatscht.

Die hohe Justitia giebt sich alle Mühe, bei den kleinsten Vergehen das Recht zu gunsten der Meister zu verdrehen. Der Bezirksanwalt hat anläßlich einer Schlägerei in Wollishofen des anderen Tages fünf Streikende verhaften lassen, weil sie einmal dort gesehen worden waren. Im Laufe der Verhandlung ließ der Bezirksanwalt verschiedene Aeußerungen fallen; so sagte er er unter anderem: „Er habe den Auftrag, gegen Streikende extra streng zu verfahren."

Gegen einen Schweizer, welcher entlassen wurde, äußerte er sich, die Deutschen, welche verhaftet wären, würden wahrscheinlich ausgewiesen. Eine nette republikanische Praxis; für ein kleines Vergehen, welches sonst mit Polizeibuße bestraft wird, die Ausweisung.

Die Meister (während sie sich mit Mordinstrumenten bewaffnet haben) fordern die Streikenden auf, in ihre Behausung zu kommen, was sie damit wollen, läßt sich leicht denken.

Die Polizei fragt in den Wirthschaften, wo Streikende verkehren, nach, ob dieselben auch ihre Zeche bezahlen. Auf der Straße lasse die Polizei die Streikenden nicht ruhig an einem Orte stehen, man treibt sie hin und her wie das Vieh. Nach oben kriechen die Herren und nach unten sind sie roh und brutal. Es widerstrebt uns, alle die Gemeinheiten anzuführen, unter welchen die Streikenden zu leiden haben. Man möchte vor allem einen Putsch herbeiführen, um die Streikenden einzustecken und die Deutschen vielleicht auszuweisen. Wie kritisch unsere Lage ist, kann man aus Vorstehendem ersehen, aber bis jetzt ist es noch nicht gelungen, uns zu schwächen. Wir stehen noch so fest und standhaft, trotz aller Polizeimache. Die Gemeinheiten und Ausschreitungen der Meister zeigen uns am besten ihre große Verlegenheit. Die Dummheit wird stets gemein, wenn es ihr an den Kragen geht. Unsere Hoffnungen werden daher von Tag zu Tag größer, die Streikenden sind sich ihrer Sache bewußt und ertragen alle Unannehmlichkeiten; sie wissen, daß die gesammte Arbeiterschaft hinter ihnen steht. In auswärtigen, namentlich deutschen Blättern werden nach Zürich Tischler gesucht unter dem Vorgeben, die neunstündige Arbeitszeit sei bewilligt, der Verdienst ein sehr guter. Das ist natürlich durchsichtiger Schwindel, auf den die deutschen Arbeiter nicht hereinfallen werden.

Versammlungen.

Die Kommission für Zentralisation sämmtlicher Orts-Krankenkassen hatte am 20. Mai eine Konferenz von Delegirten der Krankenkassen-Vorstände einberufen, um die Meinung der Vorstände und Generalversammlungen der resp. Kassen über dieses Projekt zu hören. Adler (Brauerkasse), der das einleitende Referat übernommen hatte, schilderte der gut besuchten Versammlung eingehend die Aufgabe, welche „eine gemeinsame Kasse für alle Berufe" zu lösen habe, und die Vortheile, welche daraus den Kassenmitgliedern erwachsen würden. In dem von einigen Kassen erstrebten „Verbande" erblicke er nur den Uebergang zur Zentralisation, die über kurz oder lang doch herbeigeführt werden müßte, deshalb sei es rathsamer, gleich gründlich vorzugehen, um so mehr, als es auch gesetzlich zulässig sei und die Aufsichtsbehörden dem Plane wohlwollend gegenüberstehen. Der schnellste Weg, um zum Ziele zu gelangen, sei eine nur bedingungsweise Auflösung sämmtlicher Kassen, die erst dann perfekt werde, wenn die Genehmigung der Statuten der zu gründenden Zentralisation vorliege. Als Form der Organisation empfahl Redner eine Zentralstelle und die Einrichtung einer größeren Zahl von Filialen in allen Stadttheilen zur Einziehung der Beiträge, Entgegennahme von Krankmeldungen, Auszahlung der Unterstützungen u. s. w. Unbestreitbar würde sich auch durch ein Kartensystem eine bedeutende Erleichterung in der Buchführung erzielen lassen. Allerdings sind die von ihm angeführten Vortheile vorläufig noch Zukunftsbilder, trotzdem aber keine Spielerei, sondern nur ein Fingerzeig, was durch eine Vereinigung der Kassen erreicht werden kann. Der Frage: Was soll aus all den jetzigen Beamten werden? hatte er entgegen, daß tüchtige Beamte auch in der Zentralisation Stellung finden. Da namentlich die in den Vorständen sitzenden Arbeitgeber sich beklagt haben, über das Wesen der Zentralisation nicht genügend orientirt zu sein, deshalb, so bemerkte der Redner zum Schluß, sei eine nochmalige gründliche Aussprache jedenfalls sehr zweckdienlich. Aßmann (Maschinenbauerkasse) erklärte die Gegnerschaft vieler Versicherungspflichtigen aus der sich bei ihnen gebildeten Meinung, die

Aufsichtsbehörde sei nur deshalb für die Zentralisation, um dann desto leichter die Verwaltung in ihre Hand zu bekommen. Er halte diese Ansicht für irrig. Eine bedeutende Ersparniß in den Verwaltungskosten, die unbedingt bei der Zentralisation eintrete, spreche mehr als alles andere für sie. Auf Ersuchen der unteren Aufsichtsbehörde habe die Kommission am 12. April mit einer Deputation derselben konferirt. Stadtrath Friedel habe in dieser Sitzung erklärt, daß die untere Aufsichtsbehörde den Kassen bei ihrem Vorgehen keinerlei Schwierigkeiten bereite. Sie selbst lehne eine Initiative in dieser Frage ab, überlasse sie vielmehr den Versicherungspflichtigen, die jedoch das Mitbestimmungsrecht der oberen Verwaltungsbehörde ebenfalls zu berücksichtigen hätten. Aufmerksam gemacht, ob sie (die Gewerbedeputation) in den Verwaltungsapparat eingreifen würde, wenn zum Zweck der Förderung der Zentralisation Kassengelder verwendet würden, antwortete sie ausweichend. Einzelne Herren erwärmten sich für eine Branchen-Zentralisation, die aber, bei Lichte besehen, wenig zweckdienlich sei. Haupt- und Nebenvorstände würden in der Zentralisation nach dem Ausspruch des Stadtrath Friedel nicht statthaft sein; den Filialen könnten aber Bevollmächtigte vorstehen. Die Deputation habe dann noch auf die sich häufig widersprechenden und dem Gesetz entgegenstehenden Entscheidungen vieler Kassenvorstände verwiesen. Sollten die Kassen so wie in den letzten zwei Jahren weiter arbeiten, so würde wohl bald eine Revision des Krankenkassen-Gesetzes nothwendig sein und dann jedenfalls die Einführung der Zentralisation von Gesetzes wegen erfolgen. Durch Verlesung der Präsenzliste wurde festgestellt, daß 39 Orts- und 5 freie Hilfskassen in der Versammlung vertreten waren. — Tapezirer Feder erklärte sich als Gegner der Zentralisation. Auf seine Anregung hin wurde eine öffentliche Versammlung der großjährigen Kassenmitglieder einberufen, die einstimmig zur Ablehnung der Zentralisation kam. Er nehme mit Genugthuung wahr, daß Adler seine phantasiereichen Ideen von Errichtung eigener Apotheken ꝛc. bedeutend eingeschränkt habe, denn darüber lasse sich überhaupt nicht debattiren. So dumm sei der Arbeiter nicht mehr, um etwas zu errichten, was bei günstiger Gelegenheit seitens der Behörde mit Beschlag belegt werde. Wenn die Behörde etwas gut heißt, dann mahne es die Arbeiter zur Vorsicht. Durch Zentralisation gehe auch das Selbständigkeitsgefühl des Einzelnen verloren. (Gelächter.) Buchdrucker Magnan erklärt, seine Kasse habe noch keine Stellung genommen. Persönlich sei er und der Vorstand gegen Zentralisation, aber für einen Verband der Krankenkassen. Zimmerer Günther plädirte für Zentralisation. Buchbinder Angreß hält es für unverantwortlich, die jetzige Selbständigkeit der Kassen preiszugeben. Rückert (Allgemeine Ortskasse): Seine Kasse sei für Zentralisation, sie habe nichts zu verlieren. (Große Heiterkeit. Aha!)

Buchdrucker Günther führte als Beweis der bei der Zentralisation dann noch weit größeren Unselbständigkeit die Strafandrohung des Stadtrath Friedel an, welcher alle Vorstände bei etwaigem Schluß der Kassenlokale am 1. Mai ausgesetzt wurden. Friedel habe die Kassenlokale durch die Polizei kontrolliren lassen, wozu ihm das Gesetz gar kein Recht einräume. (Beifall und Zwischenrufe.) Maurer Dähne vertheidigt die Kommission gegen die Angriffe einiger Redner und sprach des weiteren für die Zentralisation, wobei er besonders betonte, nicht die Vortheile der gleichzeitigen Krankenunterstützung der Familienangehörigen zu unterschätzen. Mehner (Arbeitgeber in der Maschinenbauerkasse) suchte vermittelnd auf die oft ziemlich erregt auf einander platzenden Gemüther einzuwirken; er hielt die Zentralisation für das einzige Mittel, die auf die Dauer unhaltbaren Zustände in einigen Kassen zu beseitigen. Die besser fundirten Kassen müßten im Interesse der Menschlichkeit die der schlechter dastehenden Berufe unterstützen. Da noch 15 Redner eingezeichnet waren, so wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. — Aßmann fand es bedauerlich, daß der Aufforderung, der Kommission die Jahresberichte pro 1893 einzuliefern, bisher nur 21 Kassen nachgekommen sind; deshalb konnte die Kommission kein statistisches Material vorlegen. Er ersuchte die bezüglichen Vorstände, dies bald nachzuholen. — Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Kassen sich inzwischen für die Zentralisation erklärt haben, antworten 10 Vertreter mit ja, 10 mit nein; in 25 Kassen ist die Frage noch offen, etwa 16—20 Kassen waren nicht vertreten.

Ein Antrag des Tischler Maier: „Die anwesenden Vorstandsmitglieder sind verpflichtet, 1. innerhalb 3 Monaten Mitgliederversammlungen ihrer Kassen abzuhalten mit der Tagesordnung: „Zentralisation der Krankenkassen Berlins und der Vororte", und 2. den Tag dieser Versammlung der Kommission mitzutheilen", rief eine sehr erregte Geschäftsordnungs-Debatte hervor. Für den Antrag sprachen Maier, Dähne, Frau Reimann, Aßmann, dagegen wandten sich Stuhlmann (Steindrucker), der ein Befragen der Mitglieder für nicht nothwendig hält, und Buchbinder Hoffmann, der überhaupt keine ihm von einer Versammlung etwa auferlegte Verpflichtung, sei es was es sei, anerkennen werde. Der Antrag wurde schließlich von der Versammlung, die sich inzwischen merklich gelichtet hatte, abgelehnt, worauf der Vorsitzende Dähne erklärte, daß die Kommission das Befragen der Versicherungspflichtigen selbst in die Hand nehmen und zu diesem Zweck Versammlungen einberufen werde. Wenn sich die einzelnen Vorstände dagegen steifen, so müsse von unten aus revolutionirt werden, keineswegs werde sich die Kommission davon abhalten lassen, die ihr von einer nach Tausenden zählenden Versammlung übertragene Aufgabe zu erfüllen.

Die Böttcher tagten am Sonntag Vormittag unter starker Betheiligung bei Heise, Lichtenbergerstr. 21. Der Bericht der Lohnkommission ergiebt, daß der Stand der Streiks im Wesentlichen unverändert ist. Trotz riesenhafter Anstrengung es ist dem Ringe nicht gelungen, Ersatz für die Streikenden heranzuschaffen; diese halten, einige wenige Streikbrecher abgerechnet, fest zusammen. Ausständig sind noch 283 Kollegen, unter diesen befinden sich 184 verheirathete mit 334 Kindern. Da der Ring den nicht koalirten Brauereien die Fastagenlieferung abzuschneiden versucht, war die Kommission auch dahingehend thätig, um diesen Plan zu durchkreuzen. Winter berichtete, daß ganz Süddeutschland mit Inseraten überschwemmt werde, wonach Berlin das Eldorado der Böttcher und Brauer sei; man hat jedoch Vorsorge getroffen, daß der Zuzug von außerhalb fern gehalten wird. Neumann, Buggenhagen und andere Redner beleuchteten das Verhalten der Streikbrecher, die aller Voraussicht nach nur kurze Zeit die Früchte ihres Thuns genießen würden. Allgemein wurde die Meinung vertreten, daß der Streik durch die Provokation der Unternehmerschaft nunmehr in ein ganz anderes Stadium getreten sei; jetzt hinge der Sieg der Böttcher von der Berliner Arbeiterschaft in erster Linie ab. Für die Böttcher gebe es nur eine Parole: fest zu bleiben und den Boykott in jeder Weise zu unterstützen.

An die Stelle eines ausscheidenden Kommissionsmitgliedes wurde Neumann gewählt; die Lohnkommission wird durch drei Personen in der kombinirten Kommission vertreten sein. Mit der Mahnung, die Solidarität der Berliner Arbeiter dadurch zu vergelten, daß die Böttcher treu zur Fahne halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Charlottenburg. Am Sonntag Vormittag tagte hier eine gutbesuchte Versammlung in der Gambrinusbrauerei, in der der Bierboykott zur Besprechung kam. Genosse Siegerist legte die Veranlassung zu demselben klar und erörterte das Wirkungsvollere des taktischen Vorgehens durch Boykottirung der 7 Brauereien. Redner bittet die Versammlung, möglichst einstimmig die in Berlin in 9 Volksversammlungen angenommene Resolution zu der ihrigen zu machen. Mit lebhaftem Beifall gelangte die Resolution einstimmig zur Annahme. Genosse Gärtner, Gewerkschafts-Delegirter der Berliner Brauer, schilderte den Hergang der Aussperrung der Brauer. Nachdem Genosse Siegerist noch einen Ueberblick über die Höhe der Dividenden der Brau-Aktionäre gegeben, gab der Vorsitzende bekannt, daß er von einem jüngsten Beschluß der Berliner Gastwirthe unterrichtet sei, der dahin gehe, daß dieselben selbst eine Genossenschaft gründen werden, um sich von dem Drucke der Brauereibesitzer zu befreien. Nach nochmaliger Mahnung, überall für strikte Durchführung des Boykotts zu sorgen, schloß die Versammlung mit dreifachem Hoch auf die Solidarität der Arbeiter.

Charlottenburg. Trotzdem bereits Vormittags eine gutbesuchte Versammlung in der nahen Gambrinusbrauerei stattgefunden hatte, gestaltete sich die Nachmittags-Versammlung in Bismarckshöhe zu einer wahrhaft imposanten. Das einleitende Referat über den Brauerei-Boykott hatte Genosse Gehrke übernommen. Nach Klarlegung der Veranlassung zu demselben erklärte er, hat man uns nun einmal provozirt, werden wir auch den Kampf durchführen; wir haben nicht nöthig, zuerst die Hand zu bieten, sondern werden so lange Schnellfeuer geben, bis auf jener Seite abgeblasen wird. Genosse Siegerist erklärt, daß Brauereien von außerhalb nur auf einen Moment lauern, um Berlin mit ihrem Bier zu überschwemmen. Persönlich hege er den Wunsch, der Boykott dauere 1/4 Jahr, dann würden den Aktionären die Haare zu Berge stehen. Genosse Gärtner, Gewerkschaftsdelegirter der Berliner Brauer, bemerkt, daß dieser Koup der Brauereibesitzer schon langer Hand vorbereitet war. Seit dem 1890er Streik waren sämmtliche älteren Arbeiter nicht mehr angestellt, die jüngeren, ob verheirathet oder nicht, waren gezwungen, in den Fabriken zu essen und zu schlafen; Happoldt selbst habe derzeit gesagt, betreffs der Errungenschaften beim Streik glauben sie nicht, daß das von langer Dauer ist. Liebelt (ehemaliger Arbeiter bei Rößicke) verliest einige Strafregeln aus dortiger Arbeitsordnung. Wegner ersucht, das Bier der Kaiser-Brauerei ebenfalls zu meiden, da dort auch Maßregelungen stattgefunden haben. Frl. Wabnitz verpflichtet die Frauen, die Männer in diesem Kampfe thatkräftig zu unterstützen. Genosse Köppen-Rixdorf giebt die Erklärung ab, daß in Rixdorf alles versucht worden ist, auf gütlichem Wege eine Verständigung mit den Brauerei-Inhabern herbeizuführen, doch vergebens. Der darauf erfolgte Boykottbeschluß ist aus der öffentlichen Versammlung heraus ergangen, diesen zu fassen waren die Rixdorfer Genossen souverän. Genosse Sellin war persönlich nicht ganz mit dem Beschluß der Boykottirung einverstanden, doch da derselbe von den maßgebendsten und einsichtsvollsten Genossen unterzeichnet sei, füge er sich demselben. Zu observiren sei die Spandauer Bergbrauerei, man habe beobachtet, daß Wagen der Gambrinusbrauerei mit leeren Fässern hin und mit gefüllten wieder zurückgefahren seien. Hiernach wurde die Berliner Resolution einstimmig angenommen. Nachdem die öffentliche Abrechnung von der Kommunalwahl, die ein Defizit von 69 M. 8 Pf. ergab, erfolgt war, schloß die Versammlung mit der ernsten Mahnung, unter keinen Umständen boykottirtes Bier zu trinken, und auch das übrige Ringbier nach Kräften zu meiden.

Friedrichshagen. Mit der Stellungnahme zum Bierboykott beschäftigte sich am Sonnabend eine hier tagende öffentliche Volksversammlung, die von etwa 400 Personen besucht war. Der Leiter der Versammlung, Buchdrucker Sonnenburg, verwies auf die am Abend vorher in Berlin abgehaltenen neun großen Volksversammlungen und ersuchte die Arbeiter Friedrichshagens und der Umgegend, sich mit dem Vorgehen resp. den Beschlüssen der Berliner Arbeiter in allen Punkten solidarisch zu erklären. Nach eingehender Darstellung der Vorgeschichte und des Sachverhalts des Boykotts durch Warmann betheiligten sich an der Debatte noch Leonhardt, Kramm, Rückert, Frau Kessel und weitere Redner. Ein Antrag, nur das Bier der Friedrichshagener Müggelschloß-Brauerei zu trinken, wurde schließlich zurückgezogen und einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die ꝛc. Versammlung erklärt sich mit den ausgesperrten Brauerei-Arbeitern solidarisch und verpflichtet sich, dieses in jeder Weise zu bekunden. Sie ist der Ansicht, daß der Ring der Brauereien Berlins und Umgegend den Kampf provozirt hat, um einen lang geplanten Angriff gegen die Organisation der Brauerei-Arbeiter ins Werk zu setzen und damit deren Vernichtung herbeizuführen. Die Versammlung verpflichtet sich daher, auf das Bier der Schultheiß-Brauerei und Tivoli, der Brauerei Happoldt, des Böhmischen Brauhauses, der Adler-Brauerei, der Vereins-Brauerei Rixdorf, der Spandauerberg-Brauerei und der Schloß-Brauerei Schöneberg so lange zu verzichten, bis der Uebermuth der Unternehmer gebrochen ist.

Die Versammlung nimmt von den nachstehenden Forderungen, welche die Brauerei-Arbeiter als Antwort auf die Aussperrung aufgestellt haben, Kenntniß, billigt dieselben und verspricht den Ausgesperrten, bei deren Durchführung sie mit allen Kräften zu unterstützen.

Diese Forderungen lauten:

1. Wiedereinstellung der gemaßregelten Arbeiter in ihre alten Posten.
2. Aufrechterhaltung und Anerkennung der bestehenden Brauerei-Organisationen.
3. Anerkennung des Arbeitsnachweises.
4. Lohnentschädigung für die ausgesperrten und gemaßregelten Arbeiter.
5. Anerkennung und Freigabe des 1. Mai als Ruhetag.

Um ihre Solidarität mit den Ausgesperrten zu bekunden, verpflichtet sich die Versammlung überall und nach besten Kräften für die Durchführung des Boykotts einzutreten und das Bier der genannten sieben Brauereien sowohl in den öffentlichen Lokalen, bei Ausflügen, in den Werkstätten, Fabriken und allen sonstigen Arbeitsplätzen, wie auch in der Familie so lange grundsätzlich zu meiden, bis den Ausgesperrten Genugthuung geworden ist.

Ferner erwartet die Versammlung von den hiesigen Gastwirthen und Flaschenbier-Händlern die Unterstützung in diesem Kampfe insofern, daß sie von den genannten sieben Brauereien kein Bier entnehmen."

Zur besseren Ueberwachung der Lokale und Bierverlags-Keller wurde die zur Zeit aus nur drei Mitgliedern bestehende Lokalkommission durch die Genossen Parz, Kazoffa, Noak und Wartmann verstärkt. Gastwirth Hohensee (Seestraße) gab die Erklärung ab, daß er nicht mehr, wie behauptet wurde, das Bier des Böhmischen Brauhauses, sondern Wusterhausener Bier führe. Ferner wurde bekannt gegeben, daß auch auf dem Perron und in den Wartesälen des Schlesischen Bahnhofes Schultheiß-Bier verzapft wird, worauf Ausflügler und die Bewohner der Vororte besonders zu achten haben.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Inowrazlaw, 21. Mai. Amtliches Wahlresultat. Bei der am 16. Mai stattgehabten Ersatzwahl eines Abgeordneten für den Reichstags-Wahlkreis (4. Bromberg) Inowrazlaw-Mogilno wurde der praktische Arzt Dr. Josef Krzyminski (Pole) mit 10 612 St. gewählt. Timm (konservativ) erhielt 1746, Priebe (deutsch-sozial) 1449, Berfus (Sozialdemokrat) 219 Stimmen.

Barcelona, 21. Mai. Die zum Tode verurtheilten Anarchisten sind heute Morgen 4 Uhr in den Gräben der Citadelle Montjuich erschossen worden.

New-York, 20. Mai. Die Lage in Pennsylvanien ist sehr ernst. Falls der Bergarbeiterstreik noch eine Woche andauert, müssen die Fabriken infolge Kohlenmangels die Arbeit einstellen. Hierdurch würden zwei Millionen Arbeiter brotlos werden.

!Roh-Tabak!
Sämmtl. in- und ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung, Brunnenstrasse 185.

Empfehle meinen Bairisch-Bier-Ausschank, nur vom Münchener Brauhaus, auch eine gute Weiße.
W. Grube, Mariendorferstraße, 816b* Ecke Solmsstraße.

Kein Boykott-Bier!! Prenzlauer Allee 224, Ecke Tresckowstr. Vereinsz. z. vg.

Flaschen und Kruken
mit und ohne Patentverschluss liefert
Carl Erdmann, Berlin S., Annenstr. 17/18.
Man verlange Preislisten.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für
Gold-, Silber-, Alfénidewaaren (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich
H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher, Admiral-Straße 37

Grosser Mittagstisch
50 Pf. mit Bier 50 Pf.
C. Helfer, Weißbier-Lokal, Luckauerstr. 2.
874b

Musik-Instrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spieldosen zum Drehen u. selbstspielend, Musik-Automaten fertigt Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51.

Tuch-Reste,
beste Fabrikate, passend zu Hosen, Anzügen, Paletots, spottbillig abzugeben [779M
Hoher Steinweg 11, I. Et.

Sophastoff-Reste
in Ripo, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Mocquets spottbillig!
Proben franko! 5150L*
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Gardinen-Fabrik
Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und crême. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knape aus Eutsch in Sachsen
Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

!!! 1000 Damen !!!
Regenmäntel v. 4—20 M., Kindermänt., Jaquets, Seiden- u. Spitzen-Umhänge v. 2—10 M., Roster- u. Partiewaaren-Handlung, Landsbergerstr. 48, I. *

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 5441 L*
Robert Meyer,
Nr 2, Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Cohn's Hosenfabrik,
als billigste Quelle Berlins für Herren- u. einzelne Kinderhosen befindet sich jetzt 6001Q*
Pallisadenstr. 5, part.

Musikwerke verleiht von 1 Mark an Karlstr. 24 an der Friedrichstr.

Neu! Neu!
Cigarren-Etuis aus reinem Leder
mit den Bildnissen 180L*
von Marx und Lassalle
offerirt per Dutzend mit M. 3,— gegen Nachnahme. 180Q*
Paul v. Damnitz Nachf.
Berlin NO, Neue Königstr. 59.

Kinderwagen,
größtes Lager, billigste Preise, von 10 M. an, auch Theilzahlung. 128Q*
W. Holze, Oranienstraße 3.

6 Pfund Brot für 50 Pfennig Albrecht's Bäckerei, liefert Wrangel-Strasse 8, Lausitzerstr. 26, Falkensteinstr. 28.

Tuchreste sehr billig. Arbeitshosen von 2,50 M., Knabenhosen von 90 Pf. an, Schul-Anzüge von 3,50 M. an. Bestellungen nach Maaß werden gut und billig ausgeführt. Auch Lieferant des Konsumvereins des Ostens. 8155b*
S. Dux, Kl. Andreasstr. 20.

ff. Weissbier,
Kulmbacher, Pilsener, Rathenower hell und dunkel, empfiehlt seinen werthen Kunden
Martin Berndt,
Oranien- und Alexandrinenstr-Ecke.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Kl. Hamburgerstraße 16 ein Weiß- u. Bayr.-Bier-Lokal eröffnet habe, und bitte um gütigen Zuspruch. Achtungsvoll
890b **Wilhelm David.**

Verloren am 20. cr. auf d. Wege von Kreuzbergstr. 22 bis auf's Feld eine gold. Damenuhr (Nr. 17 615) mit Kette. Abzug. gegen Belohnung beim Portier Kreuzbergstr. 22. 887b

Geschäftsverkauf!
Ein Viktualiengeschäft mit Rolle ist wegen Todesfall sofort zu verkaufen.
C., Steinstraße 7.

Gut erhaltenes Vereinsspind kauft Aldoldt, Elisabeth-Ufer 45, Hof 3 Tr.

Kleiderspind und Vertikow, nußb., spottbillig. Oranienstraße 153, 3 Tr. rechts. 883b

Eisspind, wie neu, 20 M., verkauft Renger, Marienburgerstr. 2. 878b

Wegen Umzugs u. außerh. ist Stube, K. u. Küche f. 65 Thlr. jährl. bis zum 1. Juli z. verm. Freundl. Aussicht nach freiem Platz u. Gärten. Hagelsbergerstraße 48, H., bei Weber. 877

5 Min. von Bahnhof Börse Wohn., Stube, Küche, Kloset, für 80 Thlr. zu verm. Näh. das. Rückerstr. 5 an d. Linienstr., zwischen Rosenthaler- und Schönhauserstraße. 893b

Schlafst. b. Bernau, Barnimstr. 47.

Freundl. Schlafst. an Herrn z. 1. Juni zu verm. Reichenbergerstr. 22, Seitenflügel 4 Tr. bei Seidel. 889b

Möbl. Schlafstelle für 2 Herren vergiebt Rüdersdorferstr. 52, 1 Tr. rechts, vis-à-vis dem Ostbahnhofs-Park.

Arbeitsmarkt.

Drechsler
auf Hartgummi-Pravaspritzen verlangt bei dauernder Beschäftigung.
M. Braese, Potsdam, Heinrichstr. 3

Ein j. Mädchen für kl. Haushalt, das 2 Kinder (5½ u. 4 J. alt), gut behandelt, findet gute Stelle. Dasselbe kann später, wenn es sich dafür eignet, den ff. Fleischw.-Verk. mit erlernen. Meld. bitte Markheinekeplatz-Markthalle, Stand 49. 884l

Vergolderinnen verl. Friedenstr. 10

Tüchtige Walker finden lohnend und dauernde Beschäftigung in der Roßlederfabrik Joh. Hardt, Breslau, Neue Weltgasse 39. 63/11

Der Verein der Berliner Brauereien veröffentlicht fortgesetzt über uns Unwahrheiten, die geeignet sind, uns in der Oeffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. Unter Anderem enthält die „Vossische Zeitung" vom 21. d. Mts. (Abendausgabe) einen Auszug aus einer Sitzung des genannten Vereins, in dem behauptet wird, daß unsere Biervorräthe nicht nur am Ende seien, sondern daß wir auch schon versucht hätten, Bier aus boykottirten Brauereien zu kaufen, welches wir unseren Abnehmern als „Münchener Brauhaus-Bier" verkauften.

Wir erklären demgegenüber, daß qu. Notiz ebenso viel Unwahrheiten als Worte enthält. Unser Biervorrath ist so groß, daß wir nicht nöthig haben, fremdes Bier zu kaufen und jeden an uns herantretenden Bedarf mit eigenem Biere befriedigen können.

Münchener Brauhaus Actien-Gesellschaft.
Arendt.

Große Ersparniß im Haushalt!

F. F. Resag's Kaffeeersatz

1894. 1894.

macht den Kaffee kräftig und wohlschmeckend, liefert auch ohne Zusatz von Bohnenkaffee ein angenehmes gesundes Getränk. 59929.

Zu haben in den meisten Kolonialwaaren-Geschäften. **à Pfund 40 Pf.**

Mittheilung für die Herren Gastwirthe!

Erlaube mir hierdurch anzuzeigen, daß ich aus dem **Verein der Berliner Brauereien ausgeschieden bin,** und offerire mein **goldfarbenes** und **dunkles (Münchner Farbe) Carlsberger Bräu** mit **21 Mark pro Tonne inkl. Spundgeld.**

Friedrich Reichenkron, Brauerei-Carlsberg,
Charlottenburg, Spreestr. 3 (Telephon Nr. 83).

Unter Bezugnahme auf obige Annonce die Mittheilung, daß ich Bestellungen für obige Brauerei ebenfalls entgegennehme. Ueberhaupt liefere ich nur Biere aus **Brauereien, die dem Pierring nicht angehören** und sich mit dessen Vorgehen auch nicht solidarisch erklären.

Julius Kampfhenkel,
147a. Schönhauser Allee 147a.
891b Telephon Amt III 8852.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, H. pt., gegenüb. Andreaspl. 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtshain
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager Berlins** habe.

Frucht-Säfte

Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Literflasche **1,30 Mk.**
Eugen Neumann & Co., 781M
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Achtung! Adlershof. Achtung!

Dienstag, den 22. Mai, im Saale des Herrn Leopold:

Große öffentliche Volks-Versammlung
für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten **Dr. med. Zadek** über: **Wie müssen die Arbeiter wohnen?** 2. Bericht der Sanitäts-Kommission. 3. Diskussion. 4. **Der Bier-Boykott** und wie stellen sich die Arbeiter Adlershof's zur Aussperrung der Brauereiarbeiter?
481/5 **Der Vertrauensmann.**

Cöpenick. Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich hier, **Kietzerstrasse 43** im Keller, einen

Obst-, Gemüse- und Viktualienhandel

eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, nur gute Waare bei soliden Preisen zu liefern, und bitte um recht zahlreichen Zuspruch.
208L. Hochachtungsvoll **Heinrich Pollentzke.**

Wäsche hält länger

und bleibt länger rein, wenn mit **Karol Weil's Seifenextract** gewaschen. Es entfernt den Schmutz vollkommen, und Kragen und Manschetten werden nicht faserig, weil die Wäsche geschont wird. **Karol Weil's Seifenextract** ist eine reine trockene Seife in feinster Pulverform. Ueberall käuflich. Achtet auf die Schutzmarke Waschfass und nehmt nichts anderes.

Boltz' Festsäle, vormals G. Penerstein **Alte Jakobstr. 75.** Amt I. Nr. 1082.
Säle z. Vergnügen u. Versammlungen. Saal m. Bühne u. Garten, auch Sonntags. Jed. Dienstag u. Donnerstag: **Frei-Konzert. Patzenhofer Bier.** 176L.*

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten

!! billigster Einkauf!!

W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung!
nach Uebereinkunft!
Ein Jeder mache den Versuch.

Stempelfabrik von **R. Hecht**
BERLIN S.
Oranienstr. 55
liefert schnell und billig **alle Arten Stempel.**
billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
5437 L.*

Blumenhandlung
P. Abromeit, Blücherstraße 69, Berlin SW. 5547S*
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.
Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Achtung!

Empfehle meinen Ausschank der vorzüglich gepflegten Biere, als:
ff. Culmbacher Export (Mönchshof in Bayern),
ff. helles und **dunkles Lagerbier** (Phönix in Groß-Lichterfelde),
ff. helles Lagerbier (Pforten b. Gera),
à Glas 10 Pfg.,
ff. Weiss- und März-Bier (C. Landré, Berlin).
Versandt außer dem Hause in Flaschen. 882b
Richard Thalmann,
Restaurateur,
Wasserthorstraße 22.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Oeffentliche Vortrags-Versammlung

am Donnerstag, den 24. Mai, Abends 8½ Uhr, in den Andreas-Gesellschaftssälen, Andreasstraße Nr. 21.
Thema: **Die Naturheilkunde und die soziale Frage.**
Redner: **M. Canitz,** prakt. Vertreter der Naturheilkunde. 8815

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Mittwoch, den 23. Mai, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Haberecht, Große Frankfurterstraße 30:

Große öffentliche Versammlung
aller in der Schuhindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Das moderne Raubritterthum". (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Der Streik in Burg und das Verhalten des „Vorwärts". 4. Verschiedenes.

Sämmtliche Gewerkschaften sind hierzu eingeladen und ebenfalls die Preßkommission. **Der Einberufer.**

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 23. Mai, Abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung für Moabit
im gr. Saale der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 48—49.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Naether** über: **Die wirthschaftliche Lage der Metallarbeiter und die Praktiken der Fabrikanten.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber wird um zahlreiches Erscheinen, besonders der Kollegen von Ludw. Loewe, Freund, Siemens u. Halske, ersucht.
448/17 **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Dienstag, den 22. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Joël, Andreasstrasse No. 21:

Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten **Fritz Wilke** über: „Der Werth und die Bedeutung der Presse". 2. Begründung über den Austritt mehrerer Mitglieder der Freien Vereinigung der Zeitungsspediteure und -Verkäufer Berlins und Umgegend. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
498/7 **Der Einberufer.**

Verein der Lithographen, Steindrucker
und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Berlin.

Donnerstag, den 24. Mai, Abends 8½ Uhr,
in Philipp's Lokal, Rosenthalerstrasse No. 38:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn **Dr. Joël** über: Die moderne Naturanschauung und ihre Einwirkung auf die Gegenwart. 3. Diskussion. 4. Wahl eines Hauptkassenrevisors.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
491/20 **Die Verwaltung.**

Handlungshilfsarbeiter.

Dienstag, 22. Mai, Abends 9 Uhr, im „Neuen Klubhaus", Kommandantenstraße 72:

Große öffentliche Versammlung
sämmtlicher Haus- und Geschäftsdiener, Packer sowie aller im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter.

Tagesordnung: 1. Bericht über den am 13., 14. und 15. Mai stattgehabten Kongreß in Halle. 2. Wahl von Vertrauensmännern. 3. Wahl der Revisoren für die Agitations-Kommission. 4. Verschiedenes.

Kollegen, erscheint alle in dieser Versammlung, die in Halle gefaßten Beschlüsse sind für Euch von großer Bedeutung.
886b **Der Vertrauensmann: Carl Barnewitz.**

Achtung! Rixdorf.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 22. Mai, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Runge, Bergstr. 133: 439/15

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Schall** über: „Die Syphilisseuche und die Prostitution". 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Rummelsburg!
Oeffentl. Volks-Versammlung
für Rummelsburg u. Umgegend
am Mittwoch, den 23. Mai 1894, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Bowinkel, Hauptstraße 83.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Bairischen Bier-Boykott. Ref.: Genosse **Millarg.** 2. Diskussion. 3. Wahl einer Kommission.

Sämmtliche Gastwirthe werden besonders ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.
484/10 **W. Forgbert,** Vertrauensmann.

Johannisthal, Nieder-Schönweide u. Umg.

Heute, Dienstag, den 22. Mai, Abends 8 Uhr:

Gr. öffentl. Volks-Versammlung
in der Borussia-Brauerei.

Tages-Ordnung: 1. Die Aussperrung der Brauerei-Arbeiter und wie stellen sich die Arbeiter hiesiger Orte dazu? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß alle Mann pünktlich am Platze sind. Tellersammlung findet statt.
481/2 **Der Vertrauensmann.**

Künstl. Zähne, festsitzend, unt. Garantie. Plomben 1,50. Schmerzlos. Zahnz. und Nervtödten 1 M. Theilzahlg. Zahnarzt Wolff, Leipzigerst. 22. Sprechst. 7-8.

Verantwortlicher Redakteur: **Hugo Pötzsch** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 115. Dienstag, den 22. Mai 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Lokales.

Der „Verein für Kinder-Volksküchen“ versendet einen Bericht über das erste halbe Jahr seiner Thätigkeit, dem wir entnehmen, daß in den seit dem 15. November 1893 nach einander eröffneten 5 Küchen 814 349 Portionen Essen ausgegeben worden sind, und zwar nur 77 462 gegen Zahlung von fünf Pfennig, aber 236 887 umsonst. Aus 160 Gemeindeschulen, also aus etwa der Hälfte aller in Berlin vorhandenen, sind von den Rektoren „alle ihnen als nothleidend bekannten Kinder“ dem Verein überwiesen worden. „Gegen 4000“, sagt der Bericht; aber eine andere, augenscheinlich ebenfalls vom Verein herrührende Mittheilung, der wir bereits Anfang April in der bürgerlichen Presse begegneten, und die wir auch schon in Nr. 79 besprochen haben, gab die genauere Zahl von 4259 Kindern an. Wir halten diese noch beträchtlich höhere Zahl für die richtige und wiederholen im übrigen unsere bereits früher ausgesprochene Ansicht, daß mit weiterer Hilfe der Rektoren und Lehrer leicht die zehnfache Zahl von Kindern gefunden werden könnte, welche buchstäblich hungern müssen. Wir verweisen hierzu auf die Worte, die die „Blätter für soziale Praxis“ (Nr. 69 vom 26. April) als offizielle Aeußerung des Vereins anführen: „Eine Reihe von schwerwiegenden Umständen spricht dafür, daß die Ziffer von 4259 Kindern auch nicht entfernt die Zahl der armen Geschöpfe bezeichnet, welche hungernd in der Schule sitzen, sondern nur die Zahl derjenigen, denen durch die sehr unzureichenden Mittel des „Vereins für Kinder-Volksküchen“ ein Mittagessen gewährt werden kann.“ Wenn wir heute auf die Angelegenheit noch einmal zurückkommen, so geschieht das deshalb, weil der Verein sich auch an uns mit der Bitte gewandt hat, seine Bestrebungen durch Abdruck seines Berichtes zu unterstützen. Selbstverständlich hat die Absicht des Vereins, sofern er nur die Speisung hungriger Kinder als Selbstzweck verfolgt, unsere vollste Sympathie. Aber über die schließliche Wirkung seiner Thätigkeit sind wir anderer Meinung. Der Bericht weist darauf hin, daß in anderen Großstädten die Speisung hungriger Kinder in viel größerem Umfange betrieben wird, daß z. B. in Paris im letzten Jahre in 355 Küchen 6 548 720 Portionen, davon 3 432 129 umsonst, vertheilt wurden, und daß dort der städtische Zuschuß 639 355 Franks (= 511 484 M.), in Berlin dagegen nur 1500 M. betrug. Leider darf man nicht erwarten, daß Berlin sich durch das Beispiel von Paris zu einer namhaften Erhöhung dieses Beitrages anspornen lassen wird. Auch der Verein wird das nicht bewirken, wenn er sich etwa mit dieser Hoffnung tragen sollte. Zwar den Nachweis hat der Verein bereits geführt, daß eine große Zahl von Kindern in Berlin hungert, nicht blos, weil die Mutter den Tag über außer dem Hause arbeitet und nicht kochen kann, sondern auch deshalb, weil es ihr an den Mitteln dazu fehlt. Aber das Zugeständniß, daß demnach die sozialdemokratische Forderung einer Speisung der Kinder aus Gemeindemitteln berechtigt sei, wird man trotzdem nicht machen. Man wird im Gegentheil darauf hinweisen, daß ja gerade die Existenz dieses Vereins das Eingreifen der Gemeinde überflüssig mache. So hat z. B. die „Vossische Zeitung“ gleich nach Eröffnung der ersten Küchen das Vorgehen des Vereins als „verdienstvoll und zweckmäßig“ anerkannt und betont, daß „die private Wohlthätigkeit in der Lage sei, der Noth zu steuern“. Wir sind übrigens überzeugt, daß der Verein das Zugeständniß der Nothwendigkeit einer Beköstigung nur aus Gemeindemitteln selber nicht zu erzwingen wünscht; unter den Männern, die seine Aufrufe unterzeichnet haben, sind wenigstens verschiedene Stadtverordnete, von denen das Gegentheil bekannt ist. Daraus ergiebt sich aber von selbst, welche Stellung wir solchen Bestrebungen gegenüber einzunehmen haben. Wir schätzen und achten die Leiter des Vereins, wenn sie aus wirklicher Nächstenliebe diejenigen Pflichten gegen die Kinder ihrer nothleidenden Mitbürger übernehmen, die die städtische Verwaltung von sich abwälzt. Aber wir verlangen, daß sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben und sich mit einem Nothbehelf begnügen, der gegenüber dem vorhandenen Bedürfniß wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirkt. Es giebt auch Sozialdemokraten, die dieses oder jenes Unternehmen der Privatwohlthätigkeit unterstützen. Aber sie vergessen über dieser augenblicklichen und auf die Dauer unzureichenden Hilfe nicht die größere Aufgabe, an einer dauernden Besserung der Lage des arbeitenden Volkes mitzuarbeiten. Von solchen Bestrebungen will der „Verein für Kinder-Volksküchen“ natürlich nichts wissen. Der Vorsitzende insbesondere hat in einem im Januar gehaltenen Vortrage (einem Zeitungsbericht zufolge) über die Kinder-Volksküchen ausdrücklich betont, daß er das Heil in erster Linie von der Privatwohlthätigkeit erwartet. Er hat auch darauf hingewiesen, daß die Bestrebungen des Vereins (woran die Begründer allerdings nicht gedacht hätten) die sozialen Gegensätze versöhnen hülfen. Es ist immerhin verdächtig, wenn jemand diesen Punkt unter den Wirkungen seiner Bestrebungen anführt. „Die sozialen Gegensätze versöhnen“, heißt, bei Lichte besehen, nichts anderes als: dem „begehrlichen“ Proletariat durch einen Brocken, den man ihm zuwirft, das Maul stopfen, damit die Bourgeoisie weiter in Ruhe und Behaglichkeit die ganze Schüssel allein auslöffeln kann. Es könnte sehr leicht geschehen, daß gerade dieser Gesichtspunkt auch im „Bureau für Kinder-Volksküchen“ mehr und mehr in den Vordergrund gerückt würde und schließlich den alleinigen Zweck bildete.

Der Berliner „Zentralverein für Arbeits-Nachweis“ versendet den Geschäftsbericht über 1893. Dieser Bericht liefert ein interessantes Material zur Beurtheilung der in Berlin herrschenden Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosen selber.

Im Arbeits-Nachweis für männliche Personen ließen sich 11 208 Personen einschreiben, wurden nur 7393 verlangt und schließlich gar nur 7101 Stellen besetzt. 2795 Arbeitslose verzichteten auf die Einschreibung, nachdem sie bei der Meldung darauf aufmerksam gemacht worden waren, daß die Zahl der offenen Stellen und damit die Aussicht auf baldige Arbeit sehr gering sei. Sie wollten augenscheinlich die Einschreibegebühr nicht vergeblich opfern, die der Verein erhebt. Die Zahl aller Arbeitsuchenden 11 208 + 2795 = 14003, war dem Bericht zufolge 1893 wieder höher als im Jahre 1892, für das übrigens der Bericht diese Gesammtzahl nicht angiebt. Dagegen ist die Zahl nur derjenigen, die sich einschreiben ließen, von 1892 zu 1893 gefallen von 11 672 auf 11 20[illegible] Gefallen ist auch die Zahl der verlangten Personen, von 7 [illegible] auf 7 393, und der schließlich besetzten Stellen, von 7 552 auf 7 101. Auf jedes 1000 aller Arbeitsuchenden kamen 1893 nur 507 Untergebrachte. Von je 1000 eingeschriebenen Arbeitsuchenden wurden untergebracht: 1893: 634, 1892: 647, 1891: 548, 1890: 625. Der 1893 wieder eingetretene Rückgang ist, so sagt der Bericht, zweifellos auf die ungünstigen Verhältnisse unseres gesammten Erwerbslebens, welche in erster Linie auf den Arbeitsmarkt ihren Einfluß ausüben, zurückzuführen.“ Dagegen haben die Arbeitgeber mit ihren Bemühungen um Arbeiter einen von Jahr zu Jahr steigenden Erfolg. Von 1000 gemeldeten Stellen erhielten sie besetzt: 1893 961, 1892 950, 1891 921, 1890 892. Daraus ist ersichtlich, was von der immer aufs Neue wiederholten Behauptung der bürgerlichen Presse und der Vertreter gewisser Behörden zu halten ist, daß Arbeit genug da ist, daß aber nicht Arbeitskräfte genug da seien, weil die „Arbeitslosen“ in Wirklichkeit zum größten Theile Arbeitsscheue seien und jede ihnen angebotene Beschäftigung zurückwiesen. Der Bericht hebt hervor, daß die Wünsche der Arbeitgeber „fast voll befriedigt“ wurden, daß die Arbeitgeber aber vorläufig dem Verein noch „ein sehr geringes Interesse“ entgegen bringen. Ob eine Anzahl offener Stellen deshalb trotz Ueberflusses von Arbeitskräften unbesetzt blieb, weil die Arbeitgeber zu wählerisch waren, sagt der Bericht nicht; man muß es aber nach seinen sonstigen Ausführungen annehmen. Die Vermittlung erstreckte sich übrigens hauptsächlich auf die sogenannten „ungelernten“ Arbeiter. Von 11 208 Arbeitsuchenden waren 5522 „ungelernte“ Arbeiter, ferner 1525 Hausdiener, 912 Kutscher und 2604 Lauf- und Arbeitsburschen. Der Rest von 445 gehörte 33 verschiedenen Gewerben an. Die Arbeiter der erstgenannten Berufe bekamen auch noch am ehesten Arbeit. Von je 100 wurden untergebracht, bei den „Ungelernten“: 65, bei den Hausdienern: 57, bei den Kutschern: 57, bei den Lauf- und Arbeitsburschen: 73, bei den sonstigen Arbeitern: 22. Daß die Lauf- und Arbeitsburschen die begehrteste Waare waren, ist auch ein Zeichen der Zeit. Dagegen wurde nach den sogenannten „gelernten“ Arbeitern so wenig verlangt, daß die Nachfrage noch weit hinter dem schon viel geringeren Angebot zurückblieb. Es waren z. B. vorhanden für 11 Buchbinder 2 Stellen, für 20 Gärtner 4 Stellen, für 38 Heizer 12 Stellen, für 81 Schlosser 10 Stellen u. s. w. Für verschiedene Berufe war überhaupt keine Stelle da, z. B. für 5 Drechsler, 6 Maler, 15 Sattler u. s. w. Für die „gelernten“ Arbeiter kommen überhaupt andere Nachweise in betracht, so daß man hier aus dem Bericht keinen Schluß auf den Umfang der Arbeitslosigkeit ziehen kann. Dem Vorwiegen der Lauf- und Arbeitsburschen und der „Ungelernten“ ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die Jugendlichen auffällig zahlreich vertreten waren. Unter je 100 standen im Alter von unter 16 Jahren: 9, von 16–20 Jahren: 24, von 21–25: 20, von 26–30: 17 u. s. w.

Im Arbeitsnachweis für weibliche Personen, der erst seit Mai 1891 besteht, sind 1893 die Erfolge, obwohl besser als 1892, doch noch schlechter als im Nachweis für männliche gewesen, weil, wie der Bericht sagt, „auch hier das Interesse der Arbeitgeber sehr gering ist.“ 2672 ließen sich einschreiben, 1535 wurden verlangt, 1436 Stellen wurden besetzt. Oder: von 1000 Arbeitsuchenden erhielten nur 500 Stellung, dagegen erhielten die Arbeitgeber von 1000 Stellen 935 besetzt. Also auch hier dasselbe Ergebniß: die weiblichen Arbeitslosen wollen arbeiten, aber es ist zu wenig Arbeit da. Im Buchdruckereigewerbe war noch am ehesten Arbeit zu bekommen. Aber auf 1578 Fabrikarbeiterinnen kamen nur 422 Stellen, von denen 399 besetzt wurden. Und der satte und darum sittliche Bourgeois sagt, wenn von der Zunahme der Prostitution die Rede ist: „Keine Arbeiterin braucht sich aus Noth zu prostituiren; wenn sie arbeiten will, findet sie Arbeit genug“. Mehr als die Hälfte, nämlich 1469, wohnten nicht bei ihren Eltern, waren also obenein auch dieses Rückhaltes beraubt. Daß auch hier die Jugendlichen überwogen, ist begreiflich. Unter je 100 standen im Alter von unter 16 Jahren: 8, von 16–20 Jahren: 46, von 21–25: 29 u. s. w.

Den vom Verein unterhaltenen Wärmehallen hat die bürgerliche Presse vorgeworfen, daß sie größtentheils Unwürdigen zu gute kämen und den Zuzug verkommener Elemente nach Berlin steigerten. Der Bericht widerspricht dem. Durch gelegentliche Umfrage sei im Winter 1893/94 ermittelt worden, daß nur rund ein Viertel aller Besucher im Herbst 1893 zugezogen war; im übrigen nehme mit dem Ende der sommerlichen Landarbeit der Zuzug nach den Städten überall zu. Das beste Merkmal für die Beurtheilung der Gäste gebe die Bereitwilligkeit zur Annahme von Arbeit. „Es ist in der Presse (heißt es dann weiter) hier und da behauptet worden, daß Unternehmer in den Wärmehallen solche Arbeit vergeblich angeboten hätten; es ist der Verwaltung aber trotz Anfrage nicht gelungen, in solchen Fällen die betreffenden Einsender zu ermitteln und zu näherer Aeußerung behufs Prüfung des Sachverhalts zu veranlassen. Thatsächlich stehen jene Behauptungen in auffallendem Widerspruch mit den Erfahrungen der Verwaltung; bei derselben haben sich, sobald Arbeit angeboten wurde, stets Arbeitslustige in großer Anzahl gemeldet.“ Hiernach muß man annehmen, daß jene Mittheilungen der bürgerlichen Presse, die die Hinweise unserer Genossen auf die allgemeine Arbeitslosigkeit und den Nothstand als Erfindungen oder mindestens Uebertreibungen verdächtigen sollten, unverschämte Fälschungen der betr. Blätter oder ihrer „Gewährsmänner“ gewesen sind. Waren es wirklich Fälschungen, so ist die Niedertracht und Gemeinheit einer solchen Handlungsweise um so größer, weil gerade durch jene Zeitungsnotizen das Maß der den Arbeitslosen geleisteten Hilfe herabgemindert sein dürfte. Jene „Gewährsmänner“ sind es möglicherweise auch gewesen, denen Leute wie Herr Brauseweiter ihre Ansicht über den Charakter der am 18. Januar niedergeknüppelten Arbeitslosen verdanken. Ein Theil dieser Arbeitslosen war aus den Wärmehallen gekommen, wenigstens sind dort Einladungen zum Besuch der Versammlung vertheilt worden; der Bericht des „Zentralvereins“ rühmt aber den Gästen der Wärmehallen ein „im allgemeinen ruhiges und anständiges“ Betragen nach. Und daß es sich auch um wirklich Nothleidende handelt, ergiebt sich aus der wahrhaft elenden Beköstigung, die sich die meisten von ihnen zu leisten vermögen. Der Bericht zählt auf: 22 899 Tassen Kaffee, 11 069 Tassen Milch, 22 488 trockene Schrippen, 1618 Butterschrippen, 3118 trockene Stullen, 8753 mit Butter oder Schmalz, 89 501 Portionen Suppe. Ein großer Theil davon mußte gratis vertheilt werden, z. B. allein 72 102 Suppen. Speck und Wurst wurde überhaupt nur gratis vertheilt, im ganzen 2270 Portionen. Die Behauptung, daß die Gäste der Wärmehallen herrlich und in Freuden leben, ist durch diese Zahlen genügend gebrandmarkt. Aber trotzdem dürfen wir mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß im nächsten Winter aufs Neue die alte Melodie ertönt: Die Arbeitslosen sind nur Faullenzer, Arbeitsscheue, Vagabunden.

(„Lokales“ siehe auch 1. Beilage.)

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Kammer II. Vorsitzender: Assessor v. Schulz. Sitzung vom 18. Mai.

Die Kürschnermamsell K. verlangt von dem Mützenmacher Horwitz 3,50 M. Restlohn und 18 M., weil sie sich ohne Grund entlassen glaubt. Der Beklagte wendet ein, Klägerin sei auf Probe angenommen worden; sie habe, da sie noch nie eine Mütze genäht, kaum die 5,50 M. verdient, welche sie für eine Woche bei der Entlassung erhielt. Er halte nicht, wie Klägerin, 9 M. Lohn für angemessen; er habe ihr ja erst das Mützennähen lehren müssen. — Es wird festgestellt, daß mit der Klägerin kein bestimmter Lohnsatz vereinbart worden ist und — durch beschworene Aussage eines Zeugen —, daß dieselbe acht Tage „Probe arbeiten“ sollte. Der Beklagte wurde hierauf zur Zahlung von 3,50 M. verurtheilt und die Klägerin mit ihrer Mehrforderung von 18 M. abgewiesen. Gründe: „Ein bestimmter Lohn war nicht vereinbart, infolgedessen hat der ortsübliche Tagelohn in Kraft zu treten. Derselbe beträgt für Arbeiterinnen über 16 Jahren pro Tag 1,50 M. Da nun Klägerin 5,50 M. für eine Arbeitswoche bekommen hat, war ihr Anspruch von 3,50 M. berechtigt. - Durch Zeugniß ist hingegen erwiesen, daß die Klägerin nur zur Probe auf acht Tage angenommen war, die Kündigungsfrist stand ihr demnach während dieser Zeit nicht zu.“

Berechtigt ungenügende und nichtlohnende Beschäftigung von Akkordarbeitern während des Ablaufs der Kündigungsfrist zu Entschädigungsansprüchen?

Bezüglich dieser sehr wichtigen Frage scheinen von einander abweichende Meinungen unter den Richtern — den juristischen Unparteiischen — des Gewerbegerichts obzuwalten. Wenigstens geht das aus zwei Urtheilen hervor, deren erstes am 17. März gefällt wurde. Dasselbe ließ sich folgendermaßen aus: Der § 124 (Nummer 4) der Gewerbe-Ordnung gebe jedem Gesellen und Gewerbegehilfen das Recht, vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit die Arbeit zu verlassen, wenn der Arbeitgeber bei Stücklohn nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt. Eine andere Bestimmung enthalte das Gesetz bezüglich der „nicht ausreichenden Beschäftigung bei Stücklohn“ nicht, sie sei also allein anwendbar. Der Kläger — ein Porzellanmaler, der wegen nicht genügender Beschäftigung während der Kündigungsfrist 10 Mark Entschädigung verlangte — hätte im Moment, wo er seiner ungenügenden Beschäftigung inne wurde, die Arbeit niederlegen und für die noch übrigen Tage der vertragsmäßigen Zeit (hier der Kündigungsfrist) Lohnentschädigung fordern können. Die Nichtinanspruchnahme genannter Bestimmung der Gewerbe-Ordnung sei als Einverständniß mit der gebotenen Verdienstmöglichkeit (Kläger hatte während der Kündigungsfrist 10 M. weniger verdient wie so durchschnittlich in 14 Tagen) zu betrachten. Deshalb müsse Kläger abgewiesen werden. (Kammer VIII, Assessor Fürst.)

Im zweiten Falle handelte es sich um einen Lederzuschneider K., der von der Firma Kaufmann und Groß gekündigt worden war, während der ersten acht Tage der Kündigungsfrist nur 11 M. wegen mangelhafter Beschäftigung verdienen konnte, deshalb die Arbeit aufgab und der geringen Beschäftigung wegen 13 M. Entschädigung für die erste, und außerdem aber 24 M. Lohnentschädigung für die zweite beschäftigungslose Woche der Kündigungsfrist beanspruchte. Betreffs des letzteren Anspruchs verließ er sich auf das oben wieder gegebene Urtheil aus dem Monat März. Mit dem ersten Anspruch wurde er am 5. Mai abgewiesen, weil die Beklagte erwiesenermaßen ihm nicht 24 M. Wochenverdienst zugesichert und seine Kollegen auch nicht mehr wie er in jener Woche verdient hätten. Die Begründung nahm außerdem Bezug auf die Gewerbe-Ordnung, die nicht vorschreibe, daß bei Festsetzung von Akkordlohn dessenungeachtet der Arbeitgeber dem Arbeiter mindestens den durchschnittlichen Wochenlohn der Arbeiter seiner Branche pro Woche zahlen müsse. Abgesehen von der Begründung, stimmt dies Theilurtheil mit dem vom März überein. — Während nun aber in der Begründung dieses von der Kammer VIII gefällten Urtheils ausgesprochen ist, daß der in Frage gekommene Porzellanmaler „in dem Moment, wo er seiner ungenügenden Beschäftigung inne wurde, die Arbeit hätte niederlegen und für die noch übrigen Tage der Kündigungsfrist hätte Lohnentschädigung fordern können“, wurde der Lederzuschneider K. — der so gehandelt und in der Entschädigungsforderung für die zweite, beschäftigungslose, Woche der Kündigungsfrist (24 M.) einen derartigen Anspruch erhoben hatte — damit abgewiesen. Und zwar, „weil er selbst die Arbeit aufgegeben und der Beklagte ihn somit nicht geschädigt habe“. — In diesem Punkte besteht also ein direkter Gegensatz zwischen dem Urtheil der Kammer VIII (Fürst) und dem Urtheil vom Mai (Kammer II, Assessor v. Schulz). Wir können dem der zweiten Kammer am wenigsten zustimmen, denn es leistet den oft geübten Chikanen der Unternehmer Vorschub, welche häufig gar zu gern dem gekündigten Arbeiter oder dem, welcher gekündigt hat, ist er im Akkord beschäftigt, die schlechtest lohnende und quantitativ wenig Arbeitsgelegenheit geben; sie fühlen sich ja in der Macht. Hoffentlich wird in Zukunft eine allseitig befriedigende Lösung der oben gestellten Frage erzielt.

Durch ein Strafmandat in Höhe von 20 M. bezw. 3 M. waren der Stadtverordnete Wille und der Maurer Metzke aus Berlin s. Z. überrascht worden. Beseelt vom großen Wissensdrange hatten sich die beiden Vorgenannten eines Tags nach dem benachbarten Friedrichsberg begeben, um sich das Meisterstück moderner Baukunst auf dem Eckert'schen Grundstücke, welches theilweise in sich zusammengefallen war, einmal aus der Nähe zu betrachten. Die Erlaubniß zum Betreten des Grundstücks hatten sich die beiden Forschungsreisenden von dem dort ansässigen Gärtner auch bald erwirkt, die nähere Besichtigung des Wunderbaues wurde ihnen aber verleidet durch einen Bauwächter, der noch nicht angekränkelt war von Europa's übertünchter Höflichkeit und der ihnen in zwar wenig gewählten aber sehr verständlichen Ausdrücken zu verstehen gab, daß sie am besten thäten, wenn sie verschwänden. Und thatsächlich verschwanden sie denn auch und zwar so spurlos, daß der Bauwächter sammt dem herbeigeholten Gendarm Stelling trotz eifrigen Suchens sie nicht zu finden vermochten. Da fühlten die beiden, die von einer Gastwirthschaft aus das vergebliche Suchen der beiden Ordnungshüter mit angesehen hatten und vermutheten, daß sie der Gegenstand der Suche seien, ein mensch-

sches Rühren, riefen die beiden Vertreter der Staats- und Kapitalgewalt zu sich heran und fragten höflich nach deren Begehr. Die sich hieran knüpfende Unterhaltung endete auf deren eigenen Wunsch hin mit der Personalfeststellung Wilke's und Metzke's und auch, auf ausdrückliches Verlangen dieser, des Bauwächters durch den Gendarmen. Dieser meldete sodann den Vorfall an zuständiger Stelle, und die weitere Folge war das eingangs erwähnte Strafmandat in Höhe von 3 M. für Metzke und auf 20 M. für Wilke, welcher als Berliner Stadtverordneter ja allerdings Anspruch auf eine höhere Werthschätzung hat. Der Strafbefehl wurde erlassen wegen unerlaubten Betretens eines umfriedigten Ackergrundstückes und renitenten Benehmens dem Gendarm gegenüber. Das letztere soll darin bestanden haben, daß Wilke und Metzke, nachdem der Gendarm nach langem, vergeblichem Suchen sie endlich gefunden hatte, erst auf wiederholtes Verlangen des Gendarmen hin sich hätten bereit finden lassen, ihre Namen zu nennen. Da Wilke und Metzke glaubten, für die zu erlegende Strafsumme eine bessere Verwendung zu haben, so trugen sie auf richterliche Entscheidung an und erzielten am 10 d. M., wie ja nicht gut anders zu erwarten, ihre kostenlose Freisprechung.

Soziale Uebersicht.

Die achte ordentliche Generalversammlung der allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Sitz Hamburg) fand am letzten Dienstag in Aschaffenburg statt. Anwesend waren 92 Delegirte, welche 48 000 Mitglieder vertraten.

Um unnöthige Berathungen zu vermeiden, beschloß man, über die Anträge auf Auflösung der Kasse, deren Umwandlung in eine Unterstützungskasse ohne staatliche Beaufsichtigung, den völligen oder theilweisen Anschluß an § 75 des Hilfskassen-Gesetzes, vor dem Bericht des Vorstandes ꝛc. zu verhandeln. Der erste der genannten Anträge wurde mit allen gegen eine, der zweite mit allen gegen sechs, der dritte und vierte mit allen gegen zwei Stimmen nach kaum anderthalbstündiger Diskussion abgelehnt. Die Metallarbeiter-Krankenkasse bleibt also als Zuschußkasse bestehen.

Ueber den Stand der Krankenkasse wurde folgendes mitgetheilt:

Die Mitgliederzahl betrug Ende Dezember 1893 48 530 gegen 34 203 am gleichen Tage des Jahres 1892. Diese Mitglieder vertheilen sich auf 547 Orte. Neue Zahlstellen haben sich an 40 Orten gebildet. Die Gesammteinnahme im vorigen Jahre betrug 1 338 088 M. 16 Pf., die Gesammtausgabe 1 110 061 M. 66 Pf., der Kassenbestand 228 026 M. 50 Pf. Das Vermögen der Kasse hat sich um 54 906 M. 57 Pf. vermindert. Gestorben sind im Jahre 1893 im ganzen 455 Mitglieder.

Von der Hauptversammlung des deutschen Lehrertages wurden folgende Thesen angenommen:

1. Die wirthschaftlichen, sozialen und staatlichen Verhältnisse der Gegenwart machen besondere Veranstaltungen nothwendig, um die Resultate des Schulunterrichts und der Schulerziehung zu sichern und ihnen eine zeitgemäße Ausgestaltung zu geben.

2. Wirthschaftliche und pädagogische Gründe sprechen dagegen, daß dieser Zweck durch Verlängerung der achtjährigen Schulzeit zu erreichen versucht werde.

3. Nothwendig ist dagegen die Einrichtung der Fortbildungsschule.

4. Aufgabe derselben ist: Fortführung einer planmäßigen Erziehung, Befestigung und Ergänzung der allgemeinen Bildung mit Beziehung auf das berufliche Leben, Uebermittlung derjenigen Bildungsstoffe, welche zu einem Einleben in den staatlichen und gesellschaftlichen Organismus nothwendig sind.

5. Zur Lösung dieser der Fortbildungsschule gestellten Aufgabe ist erforderlich: a) Der Besuch derselben sei obligatorisch; b) die Unterrichtszeit werde bei hinreichender Ausdehnung so gelegt, daß der Schüler noch zu geistiger Arbeit und zur Aufnahme sittlicher Eindrücke befähigt ist; c) zur Wahrung ihrer Autorität werde sie mit den nöthigen Disziplinarmitteln ausgestattet; d) Lehrstoff und Methode müssen die Gewähr bieten, daß die berufliche Bildung gefördert und die Allgemeinbildung zeitgemäß ergänzt werde.

6. Die Thätigkeit der Fortbildungsschule werde ergänzt und unterstützt: durch Pflege des Turnens und der Turnfahrten, des Jugendspieles und des Gesanges, durch Einrichtung von Bibliotheken, durch Zugänglichmachung aller öffentlichen volksthümlichen Bildungsinstitute, durch Einrichtung von Volks-Unterhaltungsabenden und von Jugendheimen.

Die deutschen Fabrikinspektoren unterscheiden sich im allgemeinen recht unvortheilhaft von ihren englischen Kollegen dadurch, daß sie sich mehr oder weniger als Anwälte der Unternehmer betrachten. Nicht selten aber kommen sie doch in die Lage, die schlechten Lebensverhältnisse der Arbeiter zugestehen zu müssen. So heißt es in einem Bericht des Fabrikinspektors für Rheinhessen u. a.:

„Die Lebens- und Ernährungsweise der Arbeiterschaft ist im Durchschnitt eine den Anforderungen an die Gesundheit und Wohlfahrt des menschlichen Körpers nicht entsprechende. Die Preise der Lebensmittel sind wohl eher etwas herabgegangen, während die Löhne im ganzen dieselben geblieben sind. Aber die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu und der Verdienst der in Beschäftigung stehenden Arbeiter ist oft weniger, wie früher. So läßt z. B. eine Fabrik der chemischen Industrie mit vorwiegend weiblicher Arbeiterschaft nur fünf Tage in der Woche arbeiten. Andere Fabriken arbeiten seit Jahren mit Verlust, und mit der zunehmenden Ueberproduktion geht eine viel mehr ins Gewicht fallende Unterkonsumtion der arbeitenden und ärmeren Klassen Hand in Hand. Der an vielen Stellen so welke Zustand unserer Industrie übt einen ungemein drückenden Einfluß auf die Arbeiterschaft aus."

Arbeiter gegen Arbeiter. Aus Paris wird gemeldet: In dem benachbarten Jury geriethen, wie verschiedene Abendblätter melden, französische und belgische Ziegelarbeiter in Streit; die Polizei mußte einschreiten. — Nach Meldungen aus Perpignan wurde in Estagel ein italienischer Arbeiter von mehreren Burschen nach einem Wortstreit durch Steinwürfe lebensgefährlich verwundet; ein zweiter Italiener eilte zur Hilfe herbei, verwundete drei Franzosen schwer mit Messerstichen und wurde selbst mit Knütteln und durch Messerstiche schwer verletzt. Die Gendarmerie soll sich geweigert haben, einzuschreiten.

Die Bescheinigung, daß sie den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen, ist folgenden Krankenkassen ertheilt worden: der Kranken- und Sterbekasse der vereinigten Handwerker und Arbeiter zu Hilkerode (E. H.), der Krankenkasse der Kalk- und Steinträger zu Stettin (E. H.), der Kranken- und Sterbekasse des Maurer- und Zimmergewerks für die Ortschaften Bruckdorf, Kaneno, Dieskau und Zwirntschöna und die unmittelbar an diese angrenzenden Ortschaften des Delitzscher Kreises (E. H.), der Kranken- und Begräbnißkasse der chirurgischen Instrumentenmacher, Bandagisten und Berufsgenossen (E. H.) in Berlin, der St. Josephs-Krankenkasse (E. H.) zu Meckenheim, der Krankenkasse der Militärischen Brüderschaft für Altona nebst Vororten sowie die Gemeinden Klein- und Groß-Flottbeck und Lurup (E. H.), der Hoisdorfer Krankenkasse (E. H.), der Kranken- und Sterbekasse des Bürgervereins zu Bochem (E. H.).

Aus England. Unser Londoner Korrespondent schreibt uns:

Die Pfingstfeiertage oder je nachdem die Pfingstwoche sind die beliebteste Zeit für Kongresse, und auch dieses Jahr haben dieselben Vereinigungen aller Art zusammentreten sehen. In Sunderland tagen die britischen Genossenschaftler, in Leeds die Union der Gasarbeiter und Arbeitsleute, in Edingburgh die nationale Gewerkschaft der Schuhmacher von Großbritannien, verschiedene andere Städte sahen Friendly Societies oder religiöse Körperschaften in Berathung, und damit die Politik nicht fehle, hielten die in Großbritannien (England, Schottland und Wales) organisirten irischen Nationalistenvereine in Liverpool ihre Jahreskonferenz ab.

Am zahlreichsten beschickt war natürlich der Kongreß der Genossenschaftler, der über 800 Delegirte beisammen sah, — eine überaus gemischte Gesellschaft, vom friedfertigen Sparmeyer, für den die möglichst hohe Dividende der Genossenschaft einziger Zweck ist, bis zum radikalen Sozialisten, der in der Genossenschaft nur ein unter bestimmten Verhältnissen zu verwendendes Mittel der Förderung der Arbeiterinteressen erblickt. Im ganzen findet übrigens zwischen beiden Extremen eine Annäherung statt. Die Masse der britischen Genossenschaftler sind Arbeiter, und wie die Nichts-als-Gewerkschaftlerei verliert auch die Nichts-als-Genossenschaftlerei unter denselben immer mehr Anhänger. Auf der andern Seite spricht die Thatsache, daß wo die Genossenschaftsbewegung am stärksten, auch die Gewerkschaftsbewegung am kräftigsten entwickelt ist und am meisten leistet, gegen die Befürchtung, daß die Genossenschaften nothwendig und unter allen Umständen eine Entnervung der Arbeiter, eine Schädigung der weitergreifenden Klassenbestrebungen derselben zur Folge hat. Im großen Bergarbeiterstreik des vorigen Jahres hat es sich gezeigt, welchen Rückhalt für die Arbeiter die Genossenschaft event. bilden kann. Freilich hängt auch das wieder von bestimmten Voraussetzungen der politischen Verfassung, dem Regierungssystem des Landes ꝛc. ab, so daß nicht genug davor gewarnt werden kann, hiesige Erfahrungen ohne weiteres für das Festland verwerthen zu wollen. Ebenso ist nicht zu vergessen, daß dieselbe Epoche fast ununterbrochener industrieller Prosperität, die den Aufbau der großen Trade-Unions möglich gemacht, auch die Epoche des Aufbaues und der Konsolidirung der großen Genossenschaften war.

Der Bericht des Zentralkomitee's der Genossenschaften giebt die Zahl der Mitglieder derselben auf 1 298 587 an, 50 000 mehr als im Vorjahre. Es ist merkwürdig, wie nahe diese Zahl der den englischen Trade-Unionisten kommt, die in dem soeben erschienenen Buch des Ehepaars Webb auf grund genauer Erhebungen auf etwas über 1½ Millionen bestimmt wird, und es wäre interessant, wenn sich feststellen ließe, wie groß der Prozentsatz von Personen ist, die beiden Organisationen gleichzeitig angehören. Der Umsatz der englischen Genossenschaften betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 50 Millionen Pfund Sterling, resp. 1 Milliarde Mark, wovon allerdings verschiedene Doppeleintragungen abzuziehen sind.

Aus der Ansprache des Vorsitzenden des Kongresses, Mr. Tweddell, am Eröffnungstage sei folgende Kritik der selbsthilflerischen Produktivgenossenschaften hervorgehoben (wir zitiren nach dem Bericht des „Daily Chronicle"): „Die sich selbst regierende, profitvertheilende Werkstätte sei .... eine ebenso unglückselige Idee. Ein Reis eines ausländischen — und obendrein schwächlichen — Gewächses, habe sie niemals hier Wurzel gefaßt. Und hieße es in diesen Tagen der Großindustrie, wo das Kapital, die Leitung, die Betriebseinrichtung die beste sein müßten, nicht mit Knallbüchsen gegen Elswick-Gewehre zu Felde ziehen, wenn man diese zerbrechlichen Erzeugnisse der Theorie und Gefühlsschwärmerei den harten Kampf mit der Welt führen lassen wolle?

Bei aller Bewunderung für die dieser verlorenen Hoffnung gewidmete Hingabe und Energie könne man über die Thatsache nicht hinweg, daß sie ein absoluter Fehlgriff sei. Die nothwendige Folgerung sei daher, daß die Kooperation auf die bessere und vernünftigere Verteilung der Güter gerichtet sein müsse; so lange Profite gemacht werden, sollten sie, soweit dies in der Macht der Genossenschaftler liege, aus den Händen der Einzelnen in die der konsumirenden Gemeinschaft geleitet werden, und je vollkommener die Genossenschaften organisirt seien, sollten dieselben (die Profite) aber ganz ausgemerzt werden, d. h. der Kostenpreis, und nicht der Kostenpreis plus der Dividende oder dem sogenannten Profit, sollte schließlich das Prinzip der Kooperation sein." An anderer Stelle meinte Herr Tweddell: der in Rochdale beschrittene Weg sei der Weg der Demokratie und ein energischer Schritt nach vorwärts auf demselben sei an der Zeit. Die sozialen Bedingungen müßten den politischen angepaßt werden, es sei unmöglich, daß Leute, die politisch das gleiche Stimmrecht haben, sozial abhängig bleiben. Der Individualismus im Gewerbe habe zu gehen, wie der Despotismus in der Regierung. „So lange die Genossenschaftler der ihnen hinterlassenen Mission treu bleiben und geduldig und fest auf dem weiten Fundament, das die Rochdaler Pioniere gelegt, fortbauen, werde jeder Antrieb zu einer sozialen Umgestaltung, jedes Streben nach höheren Formen des sozialen Agonismus eine neue treibende Kraft für sie sein, und schrittweise werden sie die traurige Vergangenheit, mit der häßlichen Tradition des Reichthums für wenige und der Armuth für viele, ihren Einfluß auf die Menschheit verlieren und eine bessere Zeit heranrücken sehen."

Man sieht, wie die einst so verbürgerlichenden Genossenschaften sich auf Umwegen wieder dem Sozialismus nähern. Dies natürlich ohne die Illusion, durch Konsumgenossenschaften Ausbeutung und Produktionsanarchie aus der Welt schaffen, resp. die Folgen der letzteren überwinden zu können.

Von den erwähnten Gewerkschaftskongressen sei bemerkt, daß der Schuhmacherverband einen Mitgliederzuwachs von nahezu 2000 gegen das Vorjahr (32 192 gegen 30 255) zu verzeichnen hatte und die Inangriffnahme ernster Schritte behufs Verschmelzung mit verschiedenen anderen Organisationen der Schuhbranche beschlossen hat. Ueber die Mitgliederzahl der Gas- ꝛc. Arbeiter-Union liegen keine Zahlen vor, doch geht aus der berichteten Zunahme der Fonds derselben hervor, daß sie, trotz der für die „unskilled" Arbeiter doppelt schlechten Zeit, ihre Position gut innehält. Beide Konferenzen faßten Beschlüsse zu gunsten der Wahl von Arbeiter-Abgeordneten, die auf das sozialistische Programm der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel ꝛc. zu verpflichten sind. Die Gasarbeiter setzten dafür 200 Pfd. Sterling aus und erklärten sich außerdem gegen Beilegung von Streiks ꝛc. durch Schiedsspruch, weil der Unparteiische stets aus der besitzenden Klasse genommen werde.

London hat wieder einmal einen Droschkenkutscherstreik. Die Cabby's, wie der Volksmund die Cabführer kurzweg nennt, haben die Errungenschaften ihres letzten Streiks, der vor drei Jahren stattfand, nach und nach wieder verloren, da sie nach erfolgtem Siege einer nach dem andern ihre Organisation im Stich ließen. In den letzten Tagen sollen sich jetzt nicht weniger als 5000 Mann neu haben einschreiben lassen, ob aber dieser, unter dem Druck des momentanen Bedürfnisses erfolgte Massenanschluß genügt, die widerstrebenden Unternehmer zum Nachgeben zu bewegen, muß erst abgewartet werden. Die letzteren behaupteten zunächst, mit weniger als den jetzigen Pachtsätzen (die Kutscher zahlen für Droschke und Pferd einen mit der Saison und der Qualität des Gefährts wechselnden Pachtsatz) nicht bestehen zu können, nachdem aber die Sache ein ernsteres Gesicht angenommen, scheinen verschiedene von ihnen schnell anderer Ansicht und mit den Kutschern handelseins geworden zu sein. Bei den eigenthümlichen Verhältnissen dieses Gewerbes ist jeder Tag Ausstand nicht nur Verlust von so und so viel Mehrwerth, sondern von fast denselben Ausgaben, die der volle Betrieb kostet. Dies und die sehr starke Konkurrenz unter den Fuhrunternehmern begünstigt die Bewegung der Kutscher, der die anscheinend wirklich nicht sehr glänzende Lage des Geschäfts als Gegenwirkung gegenübersteht. Die Kutscher selbst behaupten, daß die vermehrte Benutzung der demokratischen Verkehrsmittel (Tramways, Omnibusse, Eisenbahn) und von Fahrrädern ihr Geschäft sehr heruntergebracht habe.

Es ist daher sehr wohl möglich, daß beide Theile recht haben, daß die Pacht für die Kutscher zu hoch, der von den letzteren aufgestellte Maximalsatz dagegen für die Unternehmer die Betriebskosten und verschiedenen Risikos nicht deckt. Die Folgerung wäre aber dann nur, da es nicht angeht, die Fahrtaxen zu erhöhen, daß, wie bei Ueberproduktion in anderen Gewerben, so und so viele Gefährte den Markt räumen müssen. Und das wird wohl, wenn die Kutscher siegen und den in der günstigen Saison errungenen Sieg festzuhalten wissen, schließlich das Ende vom Liede sein — die Richtigkeit der Behauptung der Unternehmer vorausgesetzt.

Der Maximalsatz, den die Kutscher aufstellen, ist 15 Shilling Pacht pro Tag, in die gewisse, jetzt separat zu zahlende Abgaben für Reinigung der Remise, Putzen der Laternen ꝛc. einbegriffen sein sollen.

Literarisches.

Die Polizei und die Arbeitslosen heißt eine 87 Seiten starke Broschüre, welche soeben zur Ausgabe gelangt ist und zum Preise von 15 Pfennigen durch die Buchhandlung des „Vorwärts" verkauft wird. Sie enthält das stenographische Protokoll über die unter dem Vorsitz des Landesgerichts-Direktors Brausewetter stattgefundene Verhandlung gegen die neun Redakteure. Wir sind überzeugt, daß diese Broschüre zahlreiche Leser in den Kreisen unserer Parteigenossen finden wird.

Paul Lafargue, Kommunismus und Kapitalismus. Der Kommunismus und die ökonomische Entwickelung. Uebersetzt von R. Bernstein. Berlin 1894. Verlag des „Vorwärts". 32 Seiten. Preis 20 Pfennig.

Eine treffliche Broschüre in guter Uebersetzung, die man als werthvolle Bereicherung unserer Parteiliteratur bezeichnen kann. In klarer, allgemein verständlicher Sprache wird die ökonomische Entwickelung, die Steigerung der Produktivität der Maschienen, die Proletarisirung breiter Bevölkerungsklassen, alle Momente, die zum Kommunismus führen, dargestellt. Wir können das gut ausgestattete Schriftchen, ein Separatabdruck einer Artikelserie aus dem „Sozialdemokrat" unseren Lesern aufs wärmste empfehlen. —n.

Ein Beitrag zur Lage und den Organisationsbestrebungen der Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe. Herausgegeben vom Vorstande des Verbandes der Geschäftsdiener, Packer und Berufsgenossen. Preis 10 Pfennige.

Die unter obigem Titel erschienene Agitationsbroschüre enthält zunächst die Antwort, welche im vergangenen Jahre vom Verband an die Reichskommission für Arbeiterstatistik ertheilt wurde und die ein Programm darstellt, welches trotz seiner mäßigen, aber durchaus vernünftigen Forderungen bei der Langsamkeit unseres Gesetzgebungsapparates kaum bald verwirklicht werden dürften. Die Begründungen der einzelnen Antworten bringen zahlreiche Beweise für die wirthschaftlichen und gesundheitlichen Schädigungen der Handelshilfsarbeiter durch die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, welche in der Speditionsbranche ganz fürchterlich sind. Es ist hohe Zeit, durch die Einführung des zehnstündigen Maximal-Arbeitstages einer zweistündigen Mittagspause, einer 14tägigen Kündigungsfrist und des Verbots der unter 14 Jahre alten Kinder die elenden Verhältnisse der Handelshilfsarbeiter ein wenig zu lindern. Die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte in diesem Gewerbe hat in der letzten Zeit ganz außerordentliche Dimensionen angenommen. Trotz des stetig sinkenden Lohnes steigen die Ansprüche der Unternehmer an ihre Arbeitskräfte immer höher und Fälle, in denen „Laufburschen, welche auch schriftliche Arbeiten ausführen können", gesucht werden, sind nichts Seltenes. Andererseits bedient sich das Unternehmerthum der „jugendlichen Arbeitskraft" zur Herabdrückung der Löhne der erwachsenen Arbeiter. So sind uns Fälle bekannt, in denen 20—28jährige Menschen als „ältere Laufburschen" mit einem Wochenlohn von 12—15 M. eingestellt worden sind. Daß ein Arbeiterschutzgesetz gegen eine derartig intensive Ausbeutung ein gerechtfertigtes Verlangen ist, wird wohl selbst Leuten, die mit unseren Bestrebungen nicht sympathisiren, einleuchten müssen. Die Broschüre bringt alsdann noch durch Veröffentlichung von Dienst- und Geschäftsordnungen u. s. w. reichliches Material zur Begründung der Mahnung an die Hilfsarbeiter, durch Schaffung einer straffen und widerstandsfähigen Organisation Garantien gegen die Willkür der einzelnen Unternehmer zu schaffen. Hoffentlich verhallt der Appell nicht ungehört.

Als Einleitung enthält die Broschüre auch eine Art historischen Rückblick auf die bisherige Hausdiener-Bewegung, an dem wir aber eine entschiedene Ausstellung zu machen haben. Es wären wohl besser in dieser Agitationsbroschüre die persönlichen Auseinandersetzungen unterblieben, wenn dieselben auch ohne Namensnennung erfolgen. Wir müssen gestehen, daß wir die Anführung solcher Dinge hier nicht vermuthet haben, ob uns dieselben sehr wohl bekannt sind und wir ihren Einfluß auf den damaligen Stand der Organisation nie verkannt haben. Man muß aber immer bedenken, daß solche Betrachtungen aus der damaligen Sachlage heraus berechtigt waren, daß sie aber heute für die praktische Agitation bedeutungslos sind, so daß man hätte froh sein können, von den alten Kamellen schweigen zu können. B. H.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 33. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Mitschuldige. — Die Lage in Oesterreich und der sozialdemokratische Parteitag. Von Dr. Viktor Adler. — Zur Naturgeschichte des politischen Verbrechers. Von Dr. Friedrich Große (Leipzig-Reudnitz). — Die Feldarbeiter-Bewegung in Ungarn. — Notizen: Kornwucherer. — Feuilleton: Lebensbilder aus England. Von Andr. Scheu. III. Des Herzogs Weste.

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Carl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.) Die soeben erschienene Nummer 34 hat unter anderem folgenden Inhalt:

Preußische Gewerbeverwaltung und Maximal-Arbeitstag für Arbeiterinnen. — Der Brotkonsum im Deutschen Reich. Von Karl Thieß. — Das städtische Arbeitsamt in Eßlingen. Von Ernst Lautenschlager. — Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in St. Gallen. — Freiwillige Einführung des Achtstundentages in sächsischen Strumpffabriken. — Der Minimallohn der Seeleute in England. — Boykottirung von Berliner Brauereien. — Zur Achtstundenbill in England. — Achtstundentag in Italien. — Arbeiterinnenschutz und Unternehmer in Sachsen. — Bauarbeiterschutz in Danzig. — Gemeinsame Arbeit. Von Privatdozent Dr. L. M. Hartmann.

Eingelaufene Druckschriften.

Unter dieser Rubrik zeigen wir sämmtliche der Redaktion zugehende literarische Neuigkeiten an. Wir bitten unsere Leser die Nennung der Schriften nicht als Empfehlung der Redaktion, sondern lediglich als Empfangsbestätigung aufzufassen.

Blos über diejenigen Erscheinungen, welche im Interesse unserer Leser oder aus politischen Gründen besprochen werden müssen, veröffentlichen wir, soweit dies der Raum unseres Blattes zuläßt, Kritiken. Genügt einer Verlagsbuchhandlung die Anführung der übersandten Rezensionsexemplare in dieser Rubrik nicht, so bitten wir von der Zusendung der Neuerscheinungen des Verlages absehen zu wollen.

Allgemeines über Naturheilkunde. Von Rob. Walter, Leipzig. Verlag von Siegb. Schnurpfeil.

Erdkunde. Von Dr. Heinrich Herzberg, III. Das Meer. Leipzig. Verlag von Siegb. Schnurpfeil.

Komposition für Männerchor, Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen. Von Josef Scheu. Klavierauszug. 1,20 M.

Frühlingsruf. Gedicht von Andreas Scheu. Partitur 60 Pfennig.

Dämmerung. Von H. Riva. Klavierauszug 80 Pfg. Dresden. Verlag von Josef Günther.

Ist Jesus der Erlöser? Von Moritz Schwalb. Bremen. Verlag von Ed. Hampe.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Pötzsch in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.